

COMPRENDRE
REVUE DE POLITIQUE DE LA CULTURE

DENKRAUM EUROPA

Konferenz der Société Européenne de Culture (SEC)
im Haus Cotta, Berlin am 26.5.2017

Troisième Série
2, 2017



COMPRENDRE
REVUE DE POLITIQUE DE LA CULTURE

Fondée en 1950 par Umberto Campagnolo

COMPRENDRE

Revue de politique de la culture

Organe de la Société Européenne de Culture (SEC)

Directeur scientifique : U. Margiotta (Università Ca' Foscari, Venezia)

Directeur responsable : U. Margiotta (Università Ca' Foscari, Venezia)

Comité scientifique Italie : G. Alessandrini (Università degli Studi Roma Tre),
P. Ellerani (Università del Salento, Lecce),
L. Franchini (Università Cattolica, Milano/Università Europea di Roma), L. Dozza
(Libera Università di Bolzano),
N. Lupoli (Libera Università di Bolzano), F.P. Casavola (Università Suor Orsola
Benincasa, Napoli),
G. Del Vecchio (Università degli Studi di Catania)

Comité scientifique international : E. Bogatyrev (Moskva), M. Baudoux (Bruxelles),
Y. Hersant (Ecole des Hautes Etudes, Paris), D. Leroy (Paris), J. Polesel (University
of Melbourne),
W. Sadkowski (Cracow), M. Schäfer (Universities of Amsterdam/Berlin/Tbilisi)

Comité éditorial : R. Vezzani, D. Olivieri, A. Marcelli

Secrétaire général international de la SEC : C. Campagnolo

« Comprendre » est la revue historique de la Société Européenne de Culture.
Fondée par Umberto Campagnolo et dirigée par lui jusqu'à sa mort (1950-1976),
elle fut ensuite dirigée par Norberto Bobbio (1976-1988) et par Giuseppe Galasso
(1988-2015).

Sa troisième série, désormais en ligne, paraît depuis 2017, sous la direction
du Président de la SEC, Umberto Margiotta.

COMPRENDRE
REVUE DE POLITIQUE DE LA CULTURE

DENKRAUM EUROPA

Konferenz der Société Européenne de Culture (SEC)
im Haus Cotta, Berlin am 26.5.2017

Organisation: Michael Schäfer
Antje von Graevenitz
Hans-Ulrich Niedner
Bibiana Malay-Fuchs

Redaktion: Antje von Graevenitz
Michael Schäfer
Bibiana Malay-Fuchs
Wolfgang Kaußen

Troisième Série
2, 2017



© Société Européenne de Culture
c/o Fondazione Nazionale Carlo Collodi
Via Benvenuto Pasquinelli, 6
Collodi (PT) 51012 IT
Telefono: +39 0572 429613
Fax: +39 0572 429614
www.societaeuropeacultura.it
info@societaeuropeacultura.it

© 2017, Clueb, Casa editrice, Bologna
www.clueb.it
978-88-491-5560-0

Progetto grafico di copertina di Oriano Sportelli (www.studionegativo.com)

ISSN 1973-4778 (print) – ISSN 2279-7505 (on line)
Registrazione del Tribunale di Venezia N° 1439 del 11/02/2003

ABBONAMENTI: Italia euro 50,00 – Estero euro 50,00
Le richieste d'abbonamento e ogni altra corrispondenza relativa agli abbonamenti vanno indirizzate a: SEC c/o Fondazione Nazionale Carlo Collodi
Via Benvenuto Pasquinelli, 6, Collodi (PT) 51012 IT

Inhaltsangabe

Michael Schäfer, <i>Einführung</i>	9
Hauke Brunkhorst, <i>Europa am Abgrund</i>	17
Donald Kalf, <i>The emergence of European capitalism</i>	33
Michiel Leezenberg, <i>Thinking Space Europe and the Challenge of Islam</i>	45
Durs Grünbein und Adam Soboczynski, „ <i>Europa und das Europa der Künste</i> “	57
Ulrike Guérot, <i>Die Zukunft Europas: Das Ende der europäischen Friedenserzählung und die Neubegründung Europas</i>	73

Redaktionelle Verantwortung

Comprendre 2 enthält Vortragstexte, die auf der Konferenz der *Société Européenne de Culture* mit dem Titel **Denkraum Europa** am 26. Mai 2017 in Berlin gehalten wurden. Sprecher waren: Michael Schäfer, Hauke Brunkhorst, Donald Kalff, Michael Leezenberg, Gudrun Krämer, Durs Grünbein im Gespräch mit Adam Soboczynski, Ulrike Guérot und eine Gruppe junger Diskutanten unter Leitung von Eckhart Gillen. Gudrun Krämer entschied sich gegen eine Publikation ihres Beitrages.

EINFÜHRUNG

Michael Schäfer

Unsere heutige Tagung der *Société Européenne de Culture* (SEC) ist bereits die dritte Veranstaltung, die wir nach Weimar und auf Schloss Neuhardenberg bei Berlin hier in Deutschland abhalten können, dieses Mal gemeinsam mit meiner Mitorganisatorin Antje von Graevenitz im kürzlich umgebauten Haus Cotta mit seinen Gastgebern, den SEC-Mitgliedern Hans-Ulrich Niedner und Bibiana Malay-Fuchs.

Die SEC stand mit an der Wiege des europäischen Einigungsprozesses. Sie ist eine in Venedig, und seit dem letzten Jahr auch in Colodi und Florenz ansässige Vereinigung der kulturell Tätigen, die sich in Zusammenarbeit mit mehreren nationalen Sektionen seit nunmehr 65 Jahren um die Ausbreitung von Toleranz und Dialogbereitschaft mit vielen internationalen Tagungen und durch ihre Zeitschrift "Comprendre" bemüht, auf die Zeitläufte Einfluss zu nehmen.

Besondere Verdienste erwarb sich die Kulturgesellschaft vor allem durch ihre zahlreichen Aktivitäten und Publikationen während der Zeit des Kalten Krieges unter der Herausgeberschaft von Umberto Campagnolo und dem wohl bekanntesten italienischen Rechtsphilosophen der Nachkriegszeit, Norberto Bobbio. Gerade als unabhängiger „Denkraum für Europa“, in dem Kultur als Schlüssel zum Dialog fungiert, konnte sie leichter als offizielle Repräsentanten von nationalstaatlichen Kulturmittlerorganisationen, die sich vornehmlich der Förderung der jeweiligen nationalen Sprache und Kultur verpflichtet fühlen¹, aber vor allem auch unvorein-

¹ Wie beispielsweise die deutschen Goethe-Institute, britischen (British Council) oder französischen Kulturinstitute (Institut français).

genommener als Politiker, Verbindungen, Netzwerke und den offenen Dialog mit Intellektuellen und Künstlern hinter dem Eisernen Vorhang aufrechterhalten und ausbauen. Die seinerzeit geknüpften Kontakte trugen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu noch intensiveren Verbindungen bei, dabei aber im Auge behaltend, dass es für die SEC immer um das ganze Europa geht und nicht um die Gleichsetzung des vielfältigen Kontinents mit der Europäischen Union. Bronislaw Geremek, einer der maßgeblichen führenden Mitglieder der Solidarnosc-Bewegung, Überlebender des Warschauer Gettos und späterer Außenminister Polens, wurde viele Jahre bis zu seinem Tod der Vizepräsident unserer Kulturgesellschaft.

Der Gründer der SEC, der italienische Philosoph und Rechtswissenschaftler Umberto Campagnolo, engagierte sich schon während des Krieges in der Bewegung der "europäischen Föderalisten". 1945 veröffentlichte er das Buch "Repubblica Federale Europea"², welches noch im gleichen Jahr auch in deutscher Übersetzung mit dem Titel "Der Europäische Bundesstaat - Die juristische Einigung Europas"³ erschien. Dieser von ihm erwünschte europäische Bundesstaat sollte nicht nur - wie die Europäische Gemeinschaft und später die Europäische Union - aus Verträgen zwischen nationalen Regierungsvertretern, sondern vielmehr aus einem regelrechten Verfassungsprozess der europäischen Bürger hervorgehen, und gleichsam Vorbild und Modell für andere Teile der Welt werden. Dies ist ein Gedanke, den Ulrike Guérot in den letzten Jahren mit dem Akzent auf eine postnationale Demokratie, die zunächst auf die Utopie einer Europäischen Republik und dann beispielhaft auf eine Weltbürgerunion abzielt, versucht hat neu zu entwickeln, und den sie uns zum Abschluss der Tagung vortragen wird.

Heute sind wir von der Umsetzung dieser Art von optimistischen Vorhaben und Plänen jedoch noch weit entfernt. Barack Obamas Schlüsselbotschaft lautete einmal "Yes, we can!". Dieser Optimismus ist allerdings nicht nur im Hinblick auf innenpolitische Erneuerungen, sondern auch in Bezug auf eine neue „Weltordnung“, mit Europas Rolle als Vorbild und Modell darin, weit-

² Umberto Campagnolo: *Repubblica Federale Europea*. Milano 1945.

³ Umberto Campagnolo: *Der Europäische Bundesstaat. Die juristische Einigung Europas*. Bern 1945.

gehend erloschen. War der europäische Integrationsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg noch getragen von Churchills Forderung der Schaffung einer Art „Vereinigten Staaten von Europa“ und ist die Europäische Union heute älter als so mancher Nationalstaat, so ist die Union gegenwärtig selbst keine Selbstverständlichkeit mehr, obgleich ja fast jede große internationale Krise Europa seine Schwäche, ja manchmal auch seine Hilflosigkeit, drastisch vor Augen führt.

Die heutige junge Generation, die mit dem europäischen Einigungsprozess aufgewachsen ist, hat erlebt, wie ihre Eltern auf dem Weg in den Urlaub an vielen Grenzen erzählten, dass es dort früher einmal Schlagbäume, Polizisten oder gar Soldaten sowie verschiedene Währungen gegeben hat. „Es war einmal“, sagten wir Eltern, wie im Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Schengenraum, Eurozone, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit? Eigentlich doch eine ganz selbstverständliche Sache, denn der „Mensch neigt allgemein dazu, die Ordnung, in der er lebt, für die natürliche zu halten“.⁴ Und jetzt, wo Europa mit einer makroökonomisch wenig durchdachten, aber politisch gewollten Währungsunion, mit den Problemen einer stetigen Erweiterung anstatt substantieller Vertiefung, mit einer daher gehenden zunehmenden Ungleichheit, mit einer wachsenden Terrorgefahr und mit einer ungelösten Flüchtlingsfrage sowie mit einer anhaltenden gefährlichen Situation in der Ukraine konfrontiert ist und die Europäische Union damit mit so viel Krisenbewältigung beschäftigt ist, wie nie zuvor in der Geschichte, passiert das bisher angeblich Unmögliche: Brexit, Soldaten und Stacheldraht an innereuropäischen Grenzen, rechtspopulistische Wutbewegungen und Parteien, die sich überall in Europa ausbreiten und denen eine rationale Abwägung der Interessen und Meinungen zuwider ist, weil solch' eine Einstellung dem Versprechen eine(r) klaren Vormachtstellung des von ihnen repräsentiert geglaubten „Volkes“ nur hinderlich wäre. Und während das liberale Europa sich über Donald Trumps Pläne für eine Mauer entlang der mexikanischen Grenze mokiert, entstehen im Osten Europas neue Stacheldrahtzäune. „Offene Grenzen gelten“ unter dem zunehmenden Migrationsdruck, dem sich Europa seit 2015 ausgesetzt sieht,

⁴ Czeslaw Milosz: *Verführtes Denken*, Frankfurt/Main 1974, S. 38f.

„nicht mehr als Zeichen von Freiheit, sondern als Symbol der Unsicherheit“.⁵ Damit konkretisiert die Flüchtlingskrise mit ihrer Rationalisierung der Politik auf einen Schlag die zuweilen abstrakten Debatten um die Globalisierungsfolgen im europäischen Alltag und sorgt bei den Bürgern der Europäischen Union „nicht nur für eine Skepsis gegenüber ihrem eigenen politischen Modell, sondern auch für eine bittere Spaltung der Europäischen Union und eine Wiederbelebung der Ost-West-Spaltung, die 1989 überwunden“ geglaubt zu sein schien.⁶ Nun können aber nationalstaatliche Konzepte noch so heftig und häufig beschworen werden, unter den Voraussetzungen neuer Kommunikationstechnologien, die den Zugang zu globalen Informationsquellen eröffnen, werden auch neu errichtete Grenzen der globalen Migration allerdings kaum standhalten – zumindest nicht unter der Wahrung der Menschenrechte, zu deren Achtung sich die Europäische Union verpflichtet hat. Und es bleibt ein Fehler zu glauben, als nationaler Akteur besser Widerstand gegen weitere unerwünschte Globalisierungsprozesse in einer multipolaren Welt leisten zu können. Eine Rückkehr zu einer rein nationalstaatlichen Ebene dürfte viele der bestehenden Probleme eher noch verschärfen.

Nichtsdestotrotz erhielten in den Niederlanden und in Frankreich Rechtspopulisten vor kurzem die bisher höchsten Zuwächse an Stimmen, ohne aber die Wahlen – wie von ihnen erhofft und von vielen anderen befürchtet – letztlich auch zu gewinnen. Auch in Österreich konnte der rechtsextreme Kandidat Norbert Hofer bei den Präsidentschaftswahlen zunächst hohe Stimmenzuwächse erzielen ohne aber auch hier den letzten entscheidenden Wahlgang für sich zu entscheiden. Aber erste Erleichterung ob der verfehlten Ziele der Rechtspopulisten ist noch kein Grund für Zuversicht, auch nicht nach dem Wahlsieg des neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, weil dieser die Stimmung im Hinblick auf die Europäische Union kurzfristig positiv zu verändern vermochte. Denn haben sich Europas Zukunftsaussichten dadurch verbessert? Darauf deutet bisher wenig hin: Weder gibt es weiterhin realistische Aussichten im Hinblick auf eine gemeinsame Flücht-

⁵ Ivan Krastev: *Europadämmerung*, Berlin 2017, S. 45.

⁶ Ivan Krastev, S. 53.

lings- und Migrationspolitik, die auch die wiedererweckte Ost-West-Spaltung vermindern könnte, noch – gerade mit Blick auf den Mittleren Osten und Afrika – eine sich abzeichnende einheitliche Sicherheitspolitik.

Die Fähigkeit der Europäischen Union, sich nach Mittel- und Osteuropa durch sanfte Macht in Richtung Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zu erweitern, galt noch als Beweis ihrer transformativen und integrativen Kraft nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Doch die Unterstützung für die rechtsstaatliche Demokratie ist dort mittlerweile in weiten Teilen zusammengebrochen, antiliberale Herrschaftsformen angespornt vom allgemeinen Lebensgefühl einer „Überforderung in einer grenzenlosen Welt“ befinden sich wieder im Aufwind.⁷ Fortan, so scheint es, prägt in Europa nicht nur mehr das alte Zentrum seine Ränder, sondern umgekehrt, die Ränder, die die Europäischen Union vornehmlich als ein „Trojanisches Pferd der neoliberalen Globalisierung“⁸ betrachten und die sich gleichsam zunehmend in nationalstaatliche Versionen und Visionen des späten 19. Jahrhunderts verrennen, zwingen dem Zentrum seine Themen auf. Autoritäre Nationalisten sehen in der Flüchtlingskrise und der geschürten Angst vor einer Islamisierung der europäischen Gesellschaften eine willkommene Gelegenheit, eine ressentimentgeladene und rückwärtsgewandte Kulturrevolution am Laufen zu halten, wobei sie gleichsam dem Islam als Ganzes vorwerfen, dass letztendlich nur der repressive „Politische Islam“ das Verhältnis von Staat, Recht, Kultur und Gesellschaft unter Muslimen denken und gestalten könne. Kurzum, eine *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen* - ob der Heterogenität durch die steigende Anzahl der Mitgliedsländer mit sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen -, kennzeichnet die heutige Union. Vor allem die in Mittel- und Osteuropa tief verwurzelten Haltungen des Trotzes, des Ressentiments und des Misstrauens gegenüber dem kosmopolitischen Denken westeuropäischer Eliten, aber auch die in Westeuropa wachsende kritische und zynische Einstellung gegenüber ihrer eigenen meritokratischen Elite

⁷ Bernd Stegemann: Das Gespenst des Populismus. Berlin 2017, S. 8.

⁸ Ralf Fücks: Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen. München 2017, S. 15.

und gegenüber den sogenannten Mainstream-Medien gefährden den Konsens und Zusammenhalt in der Europäischen Union, die sich seit nunmehr 8 Jahren im permanenten Krisenmodus befindet.

Kann nun aber die Europäische Union die Kräfte der selbsternannten *illiberalen Demokratien*⁹, die die vermeintliche Übermacht Brüssels und gleichsam auch zentrale Aspekte des politischen Liberalismus infrage stellen, aufhalten? Darauf deutet bisher wenig hin: Die derzeitige polnische Regierung putschte gegen das eigene Verfassungsgericht und führte kürzlich aus innenpolitischen Gründen eine schmutzige Kampagne gegen die Wiederwahl des europäischen Ratsvorsitzenden Donald Tusk, der ihr eigener Staatsbürger ist. In Ungarn, vormals das liberalste Land im kommunistischen Ostblock, lässt die von Viktor Orbán geführte Regierung die letzte oppositionelle Zeitung verbieten, und es gibt Bestrebungen die international angesehene *Central European University* (CEU) mit Verleumdungen aus Budapest herauszudrängen oder zu verstaatlichen. In Tschechien und in der Slowakei gibt es Parteien, die die Mythologisierung der Nationalgeschichte mit entsprechenden Feindbildern auf ihre Fahnen geschrieben haben. Aber auch in England, dem anderen Rand Europas, wurden Richter wegen des Urteils, dass das Parlament am Brexit zu beteiligen sei, als „Volksfeinde“ verhöhnt, und die mutige Initiatorin des Rechtsstreits Gina Miller wurde auf übelste Weise beschimpft und bedroht.

Für die nächsten Jahre steht daher vor allem zu befürchten, dass die Europäische Union wegen der Brexit-Verhandlungen vornehmlich von einem langen und hässlichen Scheidungsprozess in Anspruch genommen werden wird, so dass sie kaum Zeit haben wird,

⁹ Den Begriff der „illiberalen Demokratie“, im Sinne einer nationalen illiberalen Staatsordnung, hat Viktor Orbán im Sommer 2014 erstmals bei einer Veranstaltung der Fidesz-Partei in Siebenbürgen öffentlich verwendet. Jan-Werner Müller (Illiberale Demokratie? In: *Transit - Europäische Revue* 48 [2016], S.15) möchte aber im Anschluss an Aurel Croissants und Peter Thierys bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends gemachten Überlegungen (Defekte Demokratie. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel [Hg.]: *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Bereich*. Wiesbaden 2000, S. 89-111) eher von „defekten Demokratien“ sprechen, da es trotz der Einschränkung von Grundrechten, es immer noch möglich sei, durch Wahlen eine andere Regierung zu wählen.

ihre Energien nach innen und außen zu entfalten. Und zu den Illusionen, Beitrittsverhandlungen mit Erdogans Türkei aufrechtzuhalten, gehört es, die Erinnerung wach zu halten, dass die Europäische Union, wie im Übrigen auch die NATO, ein Club rechtsstaatlicher Demokratien ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Was also tun? Ambitionierte Vorschläge aus der Politik, wie die von Macron, konzentrieren sich auf eine Verstärkung der europäischen Rechte im Bereich der Sozialpolitik oder auf verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik, die der gerade gewählte Präsident – wenn überhaupt – nur in bewährter deutsch-französischer Zusammenarbeit, am liebsten mit Merkel, realisieren könnte. Ihre Wiederwahl im September steht allerdings noch aus. Anfang März dieses Jahres hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den europäischen Parlamentariern ein eher lustloses Weißbuch präsentiert, das nicht nur ein Szenario für die Zukunft Europas enthielt, sondern deren gleich fünf.¹⁰ Damit verband er sogleich die Forderung, dass die Mitgliedstaaten endlich damit aufhören sollten, sich hinter der Kommission zu verstecken. Die Mitgliedstaaten sollten sich dagegen lieber selbst darüber verständigen, was sie eigentlich wollen, was dieses Europa eigentlich sei und was es tun oder lassen soll.

- Szenario 1: Ein **“Weiter so wie bisher”**, mit dem man zwar gewisse Erfolge erzielen könnte, ohne aber keines der tiefer gehenden Probleme wirklich zu lösen.
- Szenario 2: eine **Reduzierung der EU auf den Binnenmarkt.**
- Szenario 3: **„Wer mehr will, tut auch mehr“**; ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Dieses Modell wurde allerdings 1994 bereits in einem Positionspapier von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers vorgeschlagen, und dieses flexible Modell ist de facto längst Realität und seit dem Vertrag von Lissabon zudem geltende Vertragsgrundlage.
- Szenario 4: **„Weniger, dafür aber effizienter“**, d.h. eine Rückführung der Europäischen Union auf ihre Kernkompetenzen.

¹⁰ Weißbuch zur Zukunft der Union. Überlegungen und Szenarien für die EU 27 in 2015. Europäische Kommission 1. März 2017.

- und schließlich Szenario 5: eine **umfassende Erweiterung der Zusammenarbeit** in allen Politikbereichen.

Vermutlich aber werden zukünftige Ereignisse und Krisen den Horizont des Wartens und Planens sowieso durchbrechen. Das gilt umso mehr in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung, in der die Politik nach immer schnelleren Lösungen sucht, wobei die Option „Exit“ vielen attraktiver erscheint als Ausdauer und Geduld. Zukünftige Krisen und Ereignisse in Zeiten eines globalen Umbruchs werden mithin an dem Rahmwerk der anvisierten fünf Möglichkeiten rütteln, die mit den dargestellten Szenarien bereits festzustehen scheinen. Kein Plan oder keine neuen Verträge können „die geballte schöpferische Kraft der Geschichte antizipieren oder gar adäquate Antworten auf ihre Launen bereithalten“, wie es Luuk van Middelaar in seinem Buch „Vom Kontinent zur Union“ so eindringlich formuliert hat.¹¹ Die Macht des europäischen Telos' aber, nämlich die weltgeschichtlich bisher einzigartige Leistung, sich als ein Kontinent der Zukunft gemeinsam zu stellen, ist von einer derart unerschütterlichen Art, dass dieses Ziel in und nach jeder Krise immer wieder aufs Neue belebt werden kann. Das Programm der Tagung stellt einen Versuch dar, einen Beitrag dazu aus unterschiedlichsten Blickwinkeln zu leisten.

¹¹ Luuk van Middelaar: Vom Kontinent zur Union – Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa. Berlin 2016, S. 497.

EUROPA AM ABGRUND

Hauke Brunkhorst

Den ersten Vortrag wird nunmehr Hauke Brunkhorst halten, der derzeit Senior Professor an der Europa Universität Flensburg ist. Davor bekleidete er lange Jahre den Lehrstuhl für Soziologie an derselben Universität. Er forscht und publiziert zur Gesellschafts- und Evolutionstheorie sowie zur Demokratie in der Weltgesellschaft. (Michael Schäfer)

Die Blockade der gesetzgebenden Gewalt muß beendet werden, sonst scheitern Demokratie, Menschenrechte und Verfassung in Europa.

Europa hat eine materielle Verfassung, aber sie ist nicht demokratisch. Europa ist, wie es in den Verträgen heißt, ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (Art. 3 Abs. 2 TEU). Darauf sind die politischen Eliten Europas stolz.

Aber ist der Stolz berechtigt? Warum fehlt die Demokratie in diesem Raum? Warum ist das Dreieck, das er absteckt, kein Viereck mit der Gleichheit als vierter Säule? Warum steht da Sicherheit (Polizei) und nicht Solidarität (Genossenschaft)?

Die Antwort kann nur sein: weil Europa spätestens seit Einführung des faktisch irreversiblen Euro ein Hybrid ist, der sich selbst an die egalitäre Demokratie bindet, aber eine Herrschaft der Ungleichheit verfasst, die nicht demokratisch ist. Darin ähnelt die konstitutionelle Technokratie Europas der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts, die zwischen 1885 und 1945 in einer Serie von Menschheitskatastrophen untergegangen ist.

Kritik der konstitutionellen Technokratie

„Die gesetzgebende Gewalt hat die Französische Revolution gemacht“, schreibt der junge Marx im Hochsommer 1843 im Trierer Elternhaus in einem langen Kommentar zum verfassungsrechtlichen Teil der Hegelschen Rechtsphilosophie.¹

Unter der gesetzgebenden versteht Marx wie Hegel im kommentierten § 298 die verfassungsgebende Gewalt, denn verfassungsgebend ist die Gesetzgebung immer. Die verfassungsgebende Gewalt ist, so verlangt es auch das Grundgesetz (Art. 20 Abs. 2, 3 in Verb. mit Präambel und Schlußbestimmung Art. 146), „permanent“.²

Sie kann vom Volk oder seinem parlamentarischen Organ jederzeit aktualisiert werden. In diesem Fall wird sie, wie Marx sagt, „bewußt“ vollzogen. Das ist der Fall, wenn der Gesetzgeber eine *Verfassungsänderung* vornimmt oder in einer „förmlichen Revolution“ eine „neue Verfassung“ schafft.³

Aber die verfassungsgebende Gewalt ist auch in der einfachen Gesetzgebung und ihrer Konkretisierung in Gerichtsentscheiden, Regierungsverordnungen und administrativen Akten, die sie ausgestalten und erst – so wiederum Marx mit Hegel – zur erkennbaren Norm „werden“ lassen, „bewußtlos“ oder „unbewußt“ anwendend.⁴ Jeder dieser Akte ändert, wie Hegel im Zusatz zu § 298 er-

¹ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§ 261-313), in: MEW 1, Berlin: Dietz 1972, 201-333, hier: 260.

² Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes – Ein Grenzbegriff des Verfassungsrechts*, Frankfurt: Metner, 1986.

³ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 258.

⁴ Verfassungsrechtlich ausbuchstabiert worden ist diese Theorie in der Stufenbaulehre und der Konkretisierung von Rechtsnormen in der Wiener Kelsen-Schule in den 1920er Jahren: Hans Kelsen, *Allgemeine Staatslehre*, Berlin: Springer 1925, 229 ff; Adolf Merkl, „Prolegomena zu einer Theorie des rechtlichen Stufenbaus“, in: Klecatsky, Hans / Marcic, René / Schambeck, Herbert (Hg.), *Die Wiener rechtstheoretische Schule*, Wien: Europa Verlag (Ursprünglich 1931: Festschrift Kelsen); s. aber auch schon: Merkl, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, Wien/Berlin: Julius Springer 1927, 160, 169. Heller hat sich dieser Lehre gleich nach Erscheinen des *Allgemeinen Verwaltungsrechts* begeistert angeschlossen (und unnötiger Weise versucht, Merkl gegen Kelsens vorgeblich leeren Formalismus auszuspielen): Hermann Heller, „Der Begriff des Gesetzes in der Reichsverfassung“ (1927), in: *Gesammelte Schriften*, Leiden: Sijthoff 1971, 235 ff.

gänzt, die ganze Verfassung auf eine „unscheinbare“ Weise und „nicht in der Form der Veränderung“, also auf dem evolutionären Weg des stillen *Verfassungswandels*.⁵

Die Festigkeit der Verfassung, die ihr der amerikanische Originalismus (Scalia), aber auch Carl Schmitt⁶ und die sogenannte Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes (Art 79 Abs. 3) bescheinigen, erweist sich schon deshalb, so Marx, als „Illusion“ („Schein“), während die „Wahrheit“ der Verfassung (oder ihr „Wesen“) in der, so Hegel, „fortschreitenden (...) Veränderung“ der Verfassung liegt sowie in der Gesellschaft, die sie verfaßt.⁷

Das *fortschrittliche Wesen* der Verfassung, die aus der Französischen Revolution hervorgegangen ist, ist *latent revolutionär*.

Hegel wollte die Latenz der Revolution auf Dauer stellen, um deren republikanisches Resultat mit ihrem preußischen Gegenteil, der Monarchie zu versöhnen. Er wollte den Verfassungswandel, der sich hinter dem Rücken der Betroffenen vollzieht, ohne deren bewußten Willen zur Verfassungsänderung zustande bringen. Er hatte gehofft, Quantität werde von allein in Qualität umschlagen. Das geht aber nicht, denn einen latenten Zustand, der sich nie mani-

⁵ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 258f. Ins Staatsrecht eingewandert ist diese Unterscheidung zwischen (revolutionärer und verfassungsmäßiger) Verfassungsänderung und (evolutionärem) Verfassungswandel über 60 Jahre später durch Georg Jellinek, Verfassungsänderung und Verfassungswandlung, Berlin: Häring 1906.

⁶ Das haben Richard Thoma – er spricht treffend von einer „Härte“, die Schmitt ihr „andichtet (...), an der sie unter Umständen zerspringen müsste.“ (Richard Thoma, Juristische Bedeutung der grundrechtlichen Sätze, 45) – und Margit Kraft-Fuchs, „Kelsens Staatstheorie und die Soziologie des Staates“, in: Zeitschrift für öffentliches Recht, Bd. IX, 1930, Nachdruck Frankfurt: Sauer & Auvermann 1969.

⁷ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 258. Der Art. 79 Abs. 3 beschränkte den Änderungsvorbehalt freilich auf die *Grundsätze* von Art. 1-20 GG und die föderale *Gliederung* der Bundesländer sowie ihre *grundsätzliche Mitwirkung* bei der Gesetzgebung und schützt weder den Wortlaut noch dessen ursprünglichen Geltungssinn vom 23.5.1949. Im Übrigen ist die „Schutzvorschrift gegen den Rückfall in Diktatur“ (1933!) gerichtet, aber keineswegs eine Schutzgarantie für die Staatlichkeit der Bundesrepublik oder gar ihre „Verfassungsidentität“ (BVerfG Lissabon-Urteil), was immer das ist, vgl. Armin von Bogdandy, „Prinzipien der Rechtsfortbildung im Europäischen Raum. Überlegungen zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und gegen den methodischen Nationalismus“, in: Franzius, Claudio / Meyer, Franz C. / Neyer, Jürgen (Hg.), Strukturfragen der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, 340-350, hier: 343.

festiert und wenigstens als Gespenst in Europa umgeht, gibt es nicht.

Marx hat die Schwäche Hegels, den Verstoß gegen die eigene Dialektik, sofort erkannt und die revolutionäre Konsequenz gezogen, dass es ohne „förmliche Revolution“ niemals zu einer „neuen Verfassung“, um die es Hegel ja ging, kommen kann.⁸ Ohne die Manifestation in bewußten, öffentlich weithin sichtbaren Akten der *Verfassungsänderung*, die das Volk sich mit guten Gründen selbst zuschreiben kann, gibt es keinen *Verfassungswandel*, der einen Fortschritt hervorbringt, sondern lediglich, wie Marx ironisch anmerkt, „die kleinen Revolutionen“ der „Regierungsgewalt“, die rückläufige, „retrograde Revolutionen“, also bloße „Reaktionen“ sind – regressive Reformen, die nur das Wort, nicht die Sache der Reform im Titel führen (Hartz IV).⁹

Demgegenüber wird in der modernen Verfassung „der Fortschritt“ nur deshalb „selbst zum Prinzip der Verfassung“, weil sie den „wirklichen Träger der Verfassung, das Volk zum Prinzip der Verfassung gemacht“ hat.¹⁰ Deshalb muß die Verfassung in der modernen Gesellschaft demokratisch und in der Demokratie, so ein anderer Autor des Vormärz, Justus Fröbel, ganz übereinstimmend mit Marx, auch der stille Verfassungswandel zur „permanenten legalen Revolution“ werden, in der die „lebendige Kraft des Volkes“ (Hannah Arendt) nie versiegt und der öffentliche Streit nie verstummt.¹¹

Von diesem Zustand ist die Europäische Union weit entfernt.

Ohne gesetzgebende Gewalt

Wie in Hegels *konstitutioneller Monarchie* bleibt die von den Juristen schon früh dem Europarecht zugeschriebene, verfassunggebende Gewalt dem Gesetzgeber: der Bürgerschaft und dem Parla-

⁸ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 259.

⁹ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 260.

¹⁰ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 259.

¹¹ Zu Fröbel: Jürgen Habermas, „Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen?“, in: Forum für Philosophie, Hg., Die Ideen von 1789 in der deutschen Rezeption, Frankfurt: Suhrkamp 1980, 18ff.; Hannah Arendt, Macht und Gewalt, München: Piper 1970, 42.

ment unsichtbar, unbewußt.¹² Eine Arena ohne Publikum. Latente demokratische Legitimation *ohne öffentliche demokratische Bedeutung* aber ist nichts Anderes als *konstitutionelle Technokratie*.¹³ Die

¹² Zunächst an Urteilen des EuGH wie *van Gent* (1963) und *Costa* (1964) oder *Cassis de Dijon*: Kaarlo Tuori, "The Many Constitutions of Europe", in: *The Many Constitutions of Europe*, Tuori/ Sankari Suvi, Oxon: Ashgate, 3-30, hier: 17; Norbert Reich, »The ›November Revolution‹ of the European Court of Justice«, in: *Common Market Law Review* 31 (1994), S. 459-492. Auf „revolutionären“ Charakter des Vertrags von Amsterdam hat als einer der ersten Armin von Bogdandy hingewiesen, da er die Europäischen Gemeinschaften zu einer demokratisch legitimierten, supranationalen politischen Gemeinschaft vereinigt habe: Armin von Bogdandy, *Supranationaler Föderalismus als Wirklichkeit und Idee einer neuen Herrschaftsform*, Baden-Baden: Nomos, 10, 32f, 38ff („revolutionär“ auf S. 33). Die Europäische Union hat ein ebenso autonomes Legitimationssubjekt wie ihre nationalen Mitgliedstaaten, und der Vertrag von Lissabon hat mit dem einheitlichen, parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren einen *pouvoir constituant mixte* geschaffen, der (ähnlich wie in den USA) die Souveränität zwischen Europäischer Bürgerschaft und nationalen Völkern teilt: Christoph Schönberger, *Unionsbürger*, Tübingen: Moor, zit. n. der Habilitationsschrift Freiburg 2005, 517, s. a. 519ff; vgl. a. Alexandra Kemmerer, „Legitimationssubjekte: Staatsbürger und Unionsbürger“, in: Franzius u. a., *Strukturfragen der Europäischen Union 2010*, 216f; Damian Chalmers/ Gareth Davies/ *Giorgio Monti*, *European Union Law*, Cambridge: Cambridge Univ.-Press 2010, Kindle-edition: Pos. 5677; siehe Claudio Franzius, *Recht und Politik in der transnationalen Konstellation*, Buch-Ms. Berlin 2012, 87ff; Franzius, *Besprechung von „Habermas, Die Verfassung Europas“*, in: *Der Staat 2/ 2013*, 317-321, hier: 318; Franzius/Ulrich K. Preuß, *Europäische Demokratie*, e.-Ms. (Studie f. d. Böll-Stiftung) Berlin 2011, 16ff. Zum einheitlichen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren: Jürgen Bast (2010): „Europäische Gesetzgebung – Fünf Stationen in der Verfassungsentwicklung der EU“, in: Franzius/Meyer/Neyer, *Strukturfragen der Europäischen Union*, 173-180. Zum *pouvoir constituant mixte*: Jürgen Habermas, *The Crisis of the European Union: A Response*, Oxford: Polity 2012; Claudio Franzius, *Recht und Politik in der Transnationalen Konstellation*, Frankfurt: Campus 2014. Weiterführend: Peter Niesen, *Der pouvoir constitution mixte als Theorie der Föderation*, https://www.academia.edu/19596720/Der_pouvoir_constituant_mixte_als_Theorie_der_F%C3%B6deration (accessed 21.09.2017); Markus Patberg, Ed.: *Pouvoir Constituante Mixte*, in: *Journal of Common Market Studies* Vol. 55, Issue 2, 2017. Die Idee geht zurück auf Anne Peters, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, Berlin: Duncker& Humblot 2001; vgl. a. Ulrike Lieber, *Democracy beyond the State: Assessing European Constitutionalization*, http://www.monnet-centre.uni-bremen.de/pdf/VerfProz/13_Liebert.pdf (accessed 21.09.2017).

¹³ Zur Unterscheidung demokratischer Bedeutung von demokratischer Legitimation: Christoph Möllers, „Expressive vs. repräsentative Demokratie“, in: Regina Kreide/Andreas Niederberger, Hrsg.: *Internationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Zeitalter globaler Politik*, Frankfurt/New York: Campus 2010.

aber ist wie die konstitutionelle Monarchie ein Widerspruch in sich. Keine produktive, sondern eine destruktive Antinomie.¹⁴

Deshalb hat Europa heute eine gemeinsame Grenze, eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Rechts- und Verfassungsordnung, aber keinen wahrhaft gesetzgebenden Willen, und deshalb scheitern die Menschenrechte an der Grenze, scheitert das soziale Europa an der Einheitswährung, scheitert die Demokratie an der Verfassung.

Scheitern der Menschenrechte

Ohne gesetzgebenden Willen fehlt Europa die Verhandlungsmacht, um *Völker- und Menschenrechtsverletzungen* in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wirksam entgegenzutreten und gewaltsame Konflikte eindämmen und beilegen zu können.¹⁵ Ohne gesetzgebenden Willen können auch die *Menschenrechte der Migranten* an Europas Grenzen nicht mehr gewährleistet werden. In Süditalien gibt es mittlerweile ein hoch effektives, kaum noch kontrollierbares System organisierter Sklavenarbeit, zu dem die illegalen Afrikaner verdammt sind.¹⁶

Die 23.000 seit der Jahrtausendwende im Mittelmeer ertrunkenen, überwiegend afrikanischen Mitbürger¹⁷ gehen *auch* auf das

¹⁴ Zur Unterscheidung: Thomas Kesselring, *Die Produktivität der Antinomie*; Frankfurt: Suhrkamp 1985.

¹⁵ Claus Offe/ Ulrich K. Preuß, "The Union's Course: Between a Supranational Welfare State and Creeping Decay", in: Offe/ Preuß, *Citizens in Europe*, Colchester: ECPR Press 2016, 34-67.

¹⁶ Tobias Piller, „Ein Angebot, das sie nicht ablehnen können“, FAZ 221 v. 22.09.2017, 6.

¹⁷ Von *Mitbürgern* spreche ich nicht nur mit Blick auf die mit ihnen geteilte Weltbürgerschaft, sondern konkreter, weil die Bürger des afrikanischen Kontinents seit der Berliner Afrika-Konferenz 1884/85 mit den Bürgern Europas einen gemeinsamen, euroafrikanischen (vgl. Peo Hanson/ Stefan Johnson, *Eurafrica – The Untold History of European Integration and Colonialism*, New York/ London: Bloomsbury 2014) Rechts- und Verfassungsraum bilden, den die Europäer mit schrecklichen, bis heute wirksamen Folgen den afrikanischen Völkern aufgezwungen haben, man denke nur an den Völkermord der Hutu an den Tutsi, der eine Spätfolge der europäischen Zwangskonstitutionalisierung dieser Völker ist (David van Reybrouck, *Kongo. Eine Geschichte*, Berlin: Suhrkamp 2013). Kein Wunder, daß der *konstitutive* Zusammenhang des europäischen Raums „der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (Art. 3

Konto europäischer Menschenrechtsverletzungen.¹⁸ Erst schauen die Europäischen Grenzwachter zu, wenn überfüllte Boote, die schon beim Ablegen vom afrikanischen Ufer in Seenot sind, den Hafen verlassen, ohne sie aus ihrer Seenot zu retten. Das ist die erste Menschenrechtsverletzung.¹⁹ Dann werden die, die das rettende Boot unter europäischer Flagge, damit europäisches Hoheitsgebiet erreicht haben, ohne Chance, einen Asylantrag zu stellen, zurückgeschickt. Das ist die zweite Menschenrechtsverletzung. Diese Praxis wurde durch Urteil des EGMR im Fall Hirsi zwar verboten, hat aber nur Italien veranlaßt, sich daran zu halten.²⁰ Ist der Damm erst einmal gebrochen, folgt eine Menschenrechtsverletzung der nächsten.

Die Krise der Menschenrechte²¹ zerstört die Solidarität, zu der sich die Union in den beiden Teilen ihrer Verfassung (TEU und TFEU) 18 Mal vollmundig, wenn auch weitgehend kostenneutral bekennt, an ihrer Wurzel.²² Die besonderer Liebe der Verträge gilt dabei zu Recht und wie im Lied der „Internationale“ der Verbindung von Solidarität und Menschenrechten (Art. 2, 3 Abs. 3, 5,

Abs. 2 TEU) mit den heutigen Zuständen (status, Staat) in Afrika im Europarecht 8und in allen offiziellen historischen Dokumenten der EU *vollständig verdrängt* wird, beruht die *rechtsgeschichtliche Einheit der beiden Kontinente* doch auf dem Verfassungsprinzip des Vertrags von 1985: *Jurisdiktion* für die zivilisierten Staaten Europas, *Autorität* für die unzivilisierten afrikanischen Völker (vgl. Martti Koskenniemi, *The Gentle Civilizer of Nations. The Rise and Fall of International Law 1870–1960*, Cambridge: Cambridge University Press, 2001, 126; Anthony Anghie, *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, Cambridge, MA: Cambridge University Press 2004, 115).

¹⁸ Vgl. Hauke Brunkhorst, „Europa, die Flucht und das koloniale Erbe“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/ 2016, 63-74 (mit weiteren Literaturhinweisen).

¹⁹ Andreas Zielcke, „Aus der Not eine Untugend machen“, in *Süddeutschen Zeitung* 22.4.2015.

²⁰ Sonja Buckel, „Welcome to Europe“ –Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“, Bielefeld: Transcript 2013.

²¹ Zurecht spricht Susanne Baer davon, dass es „keine Flüchtlingskrise, sondern eine Menschenrechtskrise in Europa“ gibt (Susanne Baer, „Inequalities that matter“, paper ICON Conference Berlin, June 18, 2016).

²² Ausnahmen, die auf Kosten anspielen, bleiben abstrakt (Art. 80, 122 Abs. 1 TFEU) oder trivial (Art. 194 Abs. 1 TFEU):

Art. 67 Abs. 2 TEU), insbesondere im Internationalen Recht (Art. 21 Abs. 1 TEU) und in der Beziehung Europas zu den „overseas countries“ (TFEU Präambel). Konkret wird es aber erst dann, wenn es um *unsere* innere Sicherheit geht (TFEU Art 222).

Handeln die Staaten unter Bruch der gemeinsamen Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit oder in verschwörerischen Koalitionen der Willigen – die Verträge erlauben zwar verschiedene Geschwindigkeiten, aber keine menschenrechtsbrüchigen Nacht- und Nebelaktionen gegen Mitgliedstaaten wie die der Visegrad-Staaten im Februar 2016 gegen Griechenland – bleibt am Ende nur noch der nach *außen* gerichtete Wettbewerb um den höchsten Zaun und die brutalsten Grenzschützer, in dem sich der *innere* Wettbewerb der Nationen um den jeweils billigsten Investitionsstandort und die brutalsten Investoren spiegelt.

Handeln die Staaten aber im europäischen Konsens, so können sie sich nur noch, mit den Worten des gegenwärtigen Papstes, auf Konzentrationslager in faktisch menschenrechtsfreien Räumen diesseits und jenseits unserer Südgrenze einigen.²³ Zwar ist der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ einer „ohne Binnengrenzen“ (Art. 3 Abs. 2 TEU), aber das *racial profiling* zwischen Schleswig und Apenrade, München und Venedig und an jedem Flughafen macht aus starren und dummen, aber *rechtlich bestimmten* Binnengrenzen hoch intelligente und selbstorganisierte, aber rechtlich unbestimmte Außengrenzen (*smart borders*), in deren flexiblen, tief gestaffelten Grenzonen Menschenrechtsverletzungen zunehmend unsichtbar werden.²⁴

In beiden Fällen triumphiert das Prinzip *negativer Integration*.²⁵ Im – wie immer supermajoritär modifizierten – Staatenkonsens

²³ Ayelet Shachar, „New Border and Citizenship Constellations: Implications for Law and Justice“, paper presented at the WZB Workshop ‘Critical Theory and Constitutionalism’, Berlin 11.12.2015, pp. 12, 32-35 (at file with the author).

²⁴ Vgl. Monika Eigmüller/ Christoph Roos, Hg.: *Selektive Grenzen*. Sonderheft der Zeitschrift *Weltrends/ Zeitschrift für Internationale Politik*, 71/ 2010; Eigmüller/ Georg Vobruba, *Zwischen Exklusion und Selektivität. Die Außengrenzpolitik der Europäischen Union*, in: *Kommune*, 4/ 2010, 14-17; Eigmüller, *Grenzicherungspolitik*, Wiesbaden: VS 2007; Eigmüller/ Vobruba, *Grenzsoziologie*, Wiesbaden: Springer 2006.

²⁵ Fritz Scharpf, *Regieren in Europa – Effektiv und demokratisch?* Frankfurt: Campus 1999.

wird nämlich, sowie es hart auf hart kommt, die *negative Integration*: die Sicherung der Grenze, des Investitionsstandorts und der Freiheit der Märkte der *positiven Integration* durch demokratisch bestimmte Grund- und Menschenrechte vorgezogen.

Scheitern des sozialen Europa

In Europa ist der Kampf zwischen armen und reichen Nationen um Wettbewerbsvorteile an die Stelle der sozialstaatlich institutionalisierten Klassen- und Verteilungskämpfe getreten – zu Lasten der wirtschaftlich schwachen Staaten und der unteren sozialen Klassen, deren Mittel, sich gegen Ausbeutung und Abhängigkeit zu wehren (Streiks, Investitionsprogramme etc.), durch Unionsrecht und Gemeinschaftswährung *zunehmend* eingeschränkt wurden.²⁶ In der Weltwirtschaftskrise 2008 und der europäischen Banken- und Staatsschuldenkrise 2012 hat die Schwächung der schützenden Organisationen (Gewerkschaften, Sozialstaaten) überdies zu dauerhafter Jugendarbeitslosigkeit geführt, die heute eine ganze Generation im Süden unseres Kontinents mit dem sozialen Tod bedroht. Europa sieht sich einem *dreifachen Gerechtigkeitsproblem* zwischen sozialen Klassen, nationalen Staaten und Generationen konfrontiert, das *im bestehenden Verfassungsrahmen der Eurozone und ihrer Staaten nicht mehr lösbar ist*.²⁷

Claus Offe hat den konstitutionalisierten Kampf um Wettbewerbsfähigkeit schon 2003 das „hidden curriculum“ Europas genannt.²⁸ Der in jeder Krise immerfort beschworene Fetisch der Wettbewerbsfähigkeit ist zur „substantiellen Verfassung“ des Kontinents mutiert.²⁹ Die Wettbewerbsverfassung ist an die Stelle der

²⁶ Wolfgang Streeck, „The Crisis of Democratic Capitalism“, in: *New Left Review* 71/ 2011, 5–29, verfügbar unter: <http://newleftreview.org/III/71/wolfgang-streeck-the-crisis-of-democratic-capitalism> (abgerufen am 13. 1. 2014); Offe, „The European model of ‘social’ capitalism: Can it survive European integration?“, *The Journal of Political Philosophy* 2003, 11/4, 437–469, hier: 463; Offe, „Europe entrapped. Does the EU have the political capacity to overcome its current crisis?“, in: *European Law Journal* 19/5, 2013, 595–611.

²⁷ Offe, *Europa in der Falle*. Berlin: Suhrkamp 2016

²⁸ Offe, *The European model of ‘social’ capitalism*, 463.

²⁹ Zum Begriff der substantiellen Verfassung: Carl Schmitt, *Verfassungslehre*, Berlin: Dunker&Humblot. Schmitt verwendet diesen Begriff jedoch apologetisch, um

formalen Verfassung und des formalen Recht getreten, das uns einst – so Christoph Möllers treffend– „von informeller Herrschaft emanzipiert“ hat.³⁰ Da jeder Rückfluss der Gewinne des exportstarken Nordwestens in den importabhängigen Süden durch das Unionsverfassungsrecht und die Interessen der großen Banken blockiert wird, war die demokratische Solidarität Europas verbraucht, noch bevor sie sich über den Kontinent ausbreiten konnte.

Aber erst durch die Einführung einer *gemeinsamen Währung ohne gemeinsamen Gesetzgeber und gemeinsame Regierung* im Vertrag von Maastricht (1993) sind die sozialpolitischen Handlungsspielräume dramatisch geschrumpft.³¹

Bei Einführung der neuen Währung zu Beginn der 1990er Jahre und trotz der zusätzlichen Belastung durch Süd- und Osterweiterung, die eine sozial eher homogene in eine hoch fragmentierte Union verwandelt hat, waren die *politischen Alternativen* zwischen *links* und *rechts* noch verfügbar. Das *soziale Europa* Jacques Delors wurde zur öffentlichen Herausforderung des *neoliberalen* Europa Margaret Thatchers und der konservativen britischen Staatspartei.

den dualistischen Gegensatz zwischen substanzieller und formaler Verfassung zu konstruieren, den Kelsen schon früh (ähnlich wie die Sinzheimer-Schule, aber auch Heller, Abendroth und Maus) in die Theorie des demokratischen und sozialen Staats aufgehoben hat. Zur historisch unendlich folgenreichen, verfassungspolitischen Alternative von Schmitt vs. Kelsen: Brunkhorst, *Critical Theory of Legal Revolutions – Evolutionary Perspectives*, New York: Bloomsbury 2014, 346ff, s. a 327.

³⁰ Möllers, *Die drei Gewalten. Legitimation der Gewaltengliederung in Verfassungsstaat, Europäischer Integration und Internationalisierung*, Weilerswist: Velbrück 2008, 238.

³¹ Der rechte Flügel der deutschen Ordoliberalen hatte zwar schon 1957 mit Unterstützung der neokonservativen US-Regierung die Idee einer politisch neutralisierten Wirtschaftsverfassung, die im Wettbewerbsrecht ihr Zentrum hatte und nur vom Gericht kontrolliert werden konnte, in den Verhandlungen über die EWG-Verträge gegen Frankreich durchgesetzt. Das war schon damals ganz im Sinne des Hayekschen Ordoliberalismus, denn es gab der politisch neutralisierten, ökonomischen Verfassung einen Vorrang vor der politischen Verfassung des Kontinents, der sich – trotz wachsender Parlamentarisierung – als uneinholbar erweisen sollte. Aber der Geburtsfehler hat bis zur Einführung des Euro die relative Autonomie nationaler Sozialpolitik kaum eingeschränkt (vgl. Scharpf, *Regieren in Europa*. Frankfurt/Main, New York: Campus 1999).

Die verfassungsrechtliche Institutionalisierung des Euro aber hat die Wählbarkeit dieser oder ähnlicher Alternativen auf allen Ebenen des europäischen Mehrebenensystems unmöglich gemacht. Die Gemeinschaftswährung war Resultat eines fairen und absurden historischen Kompromisses. Beide Wortführer, Deutschland und Frankreich, haben ihre jeweils rational begründeten Prämissen um der Einigung willen fallen lassen. Die einen verzichteten auf *Ausgleich der Lebensbedingungen* als Voraussetzung einer entpolitierten Währungsunion, die andern auf Politisierung der neuen Währung durch eine *europäische Regierungsgewalt*, die solchen Ausgleich hätte herbeiführen können.³² Dadurch verwandelte sich die Eurozone noch in der Stunde ihrer Geburt in „ein missgebildetes System aus neunzehn Staaten ohne eigene Zentralbank und einer Zentralbank ohne Staat.“³³ Unter der rein technischen Herrschaft einer Zentralbank ohne Staat aber mußten die schwachen Staaten, Klassen und Generationen immer schwächer und die starken immer stärker werden. Am Ende, im Jahr 2015, in der Krise um Griechenland, hatten die Starken nur noch Rechte, die Schwachen nur noch Pflichten, und die *normative* (faktisch bindende) verwandelt sich in eine *nominelle* Verfassung (auf dem Papier) zurück.³⁴ In einem korrupten System ist der Kampf gegen Korruption – wie Marcelo Neves am brasilianischen Beispiel gezeigt hat – nur eine weitere Korruption.³⁵

Die Banken- und Staatschuldenkrise hat an ihrem schwächsten Glied exemplarisch exekutiert, dass die Risiken einer Rückabwicklung des Euro zu hoch, die europarechtlich legalisierten Möglich-

³² Henrik Enderlein, „Grenzen der europäischen Integration? Herausforderungen an Recht und Politik.“ Paper, vorgelegt bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, 25-26 November 2011.

³³ Offe, *Europa in der Falle*, 2016.

³⁴ Ganz so wie in Brasilien vor Lula und jetzt wieder: Marcelo Neves, *Verfassung und positives Recht in der peripheren Moderne*. Berlin: Duncker & Humblot, 1992; Neves, „Zwischen Subintegration und Überintegration: Bürgerrechte nicht ernstgenommen“, in: *Kritische Justiz* 4/1999, 557-577; zur Unterscheidung nomineller von normativen Verfassungen: Karl Lowenstein, *Verfassungslehre*, Tübingen: Mohr, 1997, 148.

³⁵ Neves, „Die politische Krise in Brasilien: Entpolitisierung der Politik und die Folgen“, Vortrag Flensburg: Universität Flensburg 9. Februar 2017 (Man. beim Autor).

keiten technokratischen Durchwurstelns längst erschöpft und auch durch „brauchbare Illegalität“ (Luhmann), von der in der griechischen Staatsschuldenkrise reichlich Gebrauch gemacht wurde, nicht mehr substituierbar sind.³⁶ Spät nachts in einer Hotelbar erklärte der erschöpfte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Reportern von Arte, eine Regierung so links wie die griechische sei in der Eurozone nicht wählbar.³⁷

Im Rückgriff auf „brauchbare Illegalität“ (Luhmann) hat die EU jedoch deren organisationssoziologische Funktionsbedingung auf den Kopf gestellt, dass im *Normalfall* legales Handeln tödlich sei. Schon der Dienst nach Vorschrift kann einen Betrieb lahm legen und ist deshalb zu einer weit verbreiteten Form des Streiks geworden. Freilich, und das macht den *formalen* Charakter von Organisationen aus, muss der Rückgriff auf Legalität im *Konfliktfall* gesichert sein, denn sonst, und das ist der europäische Fall, ist nicht einmal mehr die dünne Decke einer „Legitimation durch Verfahren“ gesichert.³⁸

Das Scheitern der Verfassung

Das Regime des Euro hält Europa zusammen, *indem* es den Kontinent, seine Nationen, seine sozialen Klassen und seine Generationen in feindliche Lager spaltet.³⁹ Das hat die ordo- und neoliberale Wirtschaftstheorie (*trickle down*), die der Konstruktion der Konvergenzkriterien zugrunde lag, gründlich widerlegt. Sie wird aber von der gegenwärtigen Verfassung der Eurozone, da Normen

³⁶ So auch Enderlein: „Der Euro hat nicht zur Konvergenz geführt, sondern zu Divergenz.“ (Enderlein, „Eine Generalüberholung für den Euro“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 11. März 2016, 16). Überdies sind nicht nur die ökonomischen Risiken unabsehbar, sondern das scheidende Land verliert auch jeden rechtlichen Anspruch, das Unionsrecht – z. B. durch Koalitionsbildung – zu seinen Gunsten zu ändern. Offe, Europa in der Falle. 74ff.

³⁷ Er sagte das als Drohung unmittelbar vor (!) der griechischen Parlamentswahl im Januar 2015, wörtlich: “If the radical left wins the elections, the effects on the monetary union are immeasurable. The solidarity of the Euro-Zone is in greatest peril.” (Prinzip Hoffnung. Die Welt des Alexis Tsipras, ARTE 21.07.2015).

³⁸ Niklas Luhmann, Funktion und Folgen formaler Organisation. Berlin: Duncker & Humblot, 1999 (1964).

³⁹ Enderlein, Eine Generalüberholung für den Euro; zur Theorie: Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Frankfurt: Suhrkamp 1969.

sich der Anpassung an die Realität widersetzen, zwingend vorgeschrieben.⁴⁰

Die Vertragsverfassung von Lissabon verbietet den nationalen und transnationalen Parlamenten Europas *faktisch* jede substantielle Wahl zwischen *rechts und links*, zwischen *neoliberaler und sozialer Wirtschaftspolitik*. Parlamente können nur noch wie eine nachgeordnete Behörde zwischen verschiedenen *betriebswirtschaftlichen* Strategien wählen, um die unverrückbar vorgegebene, *volkswirtschaftliche* Grundentscheidung für eine marktkonforme Demokratie zu verwirklichen. Den parlamentarischen Gewalten Europas ist es erlaubt, wie Angela Merkel treffend bemerkt hat, „mitzubestimmen“, nicht aber – wie es das Grundgesetz vorschreibt – selbst zu bestimmen, wo es langgeht.⁴¹ Durch die detaillierte Implementierung marktkonformer Demokratie im europäischen Verfassungsrecht ist der *sozialpolitisch alles entscheidende Bestand einfacher*, mit Mehrheitsbeschluss jederzeit änderbarer *Rechtsnormen dem parlamentarischen Gesetzgeber entzogen und konstitutionalisiert* worden.⁴²

Normativ (juristisch) ist unzweifelhaft, dass Europa eine demokratisch erzeugte, eigenständige politische Union ist.⁴³ Aber ihre *faktisch stärksten Institutionen* sind nicht Parlament und Regierung, sondern Zentralbank und Gerichtshof. Sie sind wegen der, auch nach Einführung des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens fortbestehenden *Schwäche gesetzgebender Willensbildung* viel stärker als ihre kleinen, nun entmachteten nationalen Geschwister.

⁴⁰ Zur Kontrafaktizität normativer Ordnungen: Christoph Möllers, *Die Möglichkeit der Normen*, Berlin: Suhrkamp 2015.

⁴¹ Fritz W. Scharpf, „Rettet Europa vor dem Euro“, in: *Berliner Republik* 2/ 2012, online verfügbar unter: {<http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/rettet-europa-vor-dem-euro>} (Stand Januar 2014).

⁴² Dieter Grimm, „Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. August 2014. Das Gericht hat seine Rechtsprechung nach der Jahrtausendwende denn auch auf die Finalisierung der Marktfreiheiten eingestellt (instruktiv: Sonja Buckel/ Lukas Oberndorfer, „Die lange Inkubationszeit des Wettbewerbs der Rechtsordnungen – Eine Genealogie der Rechtsfälle Viking/ Laval/Rüffert/Luxemburg aus der Perspektive einer materialistischen Europarechtstheorie“, in: Andreas Fischer-Lescano/ Florian Rödl/ Christoph Schmid (Hg.), *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden: Nomos 2009, 277-296).

⁴³ Bogdandy, *Supranationaler Föderalismus*, 33, s. a. 10, 32, 38 ff.

Selbst das selbstbewußte BVerfG legt beim EuGH vor. In vorläufiger Unterwerfung des von Schulz geführten EU-Parlaments hat das parlamentarische Trilogverfahren den Meilenstein des gesetzgebenden Fortschritts in einen Klotz am Bein des demokratischen Gesetzgebers verwandelt.⁴⁴

Die Verfassung Europas ist durch verfassungsbrechende Majoritäten in Parlamenten und Volksabstimmungen hervorgebracht worden (Vertrag von Maastricht und Amsterdam). Aus den *vielen* verfassungsgebenden Gewalten wurde *eine* verfassungsgebende Gewalt der *gesamteuropäischen Bürgerschaft*.⁴⁵ Statt nun aber – wie es die föderale Verfassungsnorm vorschreibt – eine duale, nationale und europäische Bürgerschaft und eine *permanente*, wenn auch geteilte, aber (nach Hannah Arendts Einsicht) durch Teilung verstärkte, *verfassungsgebende Gewalt* hervorzubringen,⁴⁶ wurden alle verfassungsgebenden Gewalten noch am Tag ihrer Geburt aus Europa verjagt. Es ist wie in Martin Krieles Staatslehre.⁴⁷ Es gab einen *pouvoir constituant*. Es gibt ihn nicht mehr. Aus starker Bürgerschaft ist – mit Offe – „thin‘ citizenship“ geworden: „The ugly face of the EU System of rule“.⁴⁸ An dieser Verfassungswirklichkeit kann keine parlamentarische Supermajorität und kein gesamteuropäisches Referendum mit *Willen und Bewusstsein* etwas ändern. Wandeln tut sich die Verfassung so oder so.⁴⁹ Aber Demokratie gibt es nur *durch den bewussten, ge-*

⁴⁴ Zum Meilenstein Jürgen Bast, „Europäische Gesetzgebung – Fünf Stationen in der Verfassungsentwicklung der EU“, in: Franzius/Meyer/Neyer (Hg.), *Strukturfragen der Europäischen Union*, a. a. O., S. 173-180; zum Klotz am Bein: Jelena von Achenbach, „Verfassungswandel durch Selbstorganisation: Trilogie im Europäischen Gesetzgebungsverfahren“, in: *Der Staat* 55/ 2016, 1-39.

⁴⁵ Die Juristen leiten sie in der Regel aus evolutionärem Verfassungswandel ab (s. o.), aber das ist für die zutreffende Bestimmung der Gesamtbürgerschaft Europas als Legitimationssubjekt zu wenig – und zwar in diesem Fall zu viel Recht und zu wenig Politik.

⁴⁶ Claudio Franzius, *Europäisches Verfassungsdenken*, Tübingen: Mohr 2010; Jürgen Habermas, *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Suhrkamp 2011; Marus Padberg, Hg., *The EU's Pouvoir Constituant Mixte – Exploring the Systematic Potential of an Innovative Category*, JCMS: Journal of Common Market Studies, Vol. 55, Issue 2, March 2017, 165ff (Zugang SSRN: <https://ssrn.com/abstract=2913282> oder <http://dx.doi.org/10.1111/jcms.12516>).

⁴⁷ Martin Kriele, *Einführung in die Staatslehre*, Reinbek: Fischer 1975, § 28, §57.

⁴⁸ Offe, *Europe Entrapped*, Cambridge: Polity 2016,

setzgebenden Willen aller Gesetzesadressaten, die in selbstbestimmter Prozedur alle Rechtsnormen ändern und neue hervorbringen können.

Ausweg ohne Rückkehr

Die Blockade der verfassungsgebenden Gewalt Europas hat zusammen mit dem global verstärkten Wachstum sozialer Ungleichheit, die heute in den reichen Ländern dieser Welt das Ausmaß von 1900 wieder erreicht hat (Piketty), zum dramatischen Absinken der Wahlbeteiligung in den unteren Stratosphären der Gesellschaft und in der Folge zur vollständigen Anpassung der linken Mehrheitsparteien an die rechten geführt.⁵⁰ Den riesigen, leeren Raum links von der rechten Mitte haben jetzt, vor allem im reichen Nordwesten des Kontinents, die rechtsradikalen und antieuropäischen Parteien und Bewegungen besetzt. Damit kehrt der genuin politische, für das Leben der parlamentarischen Demokratie seit 1791 konstitutive Gegensatz von Links und Rechts in Gestalt des Gegensatzes von Pro- und Antieuropäischen Parteien auf die Bühne des öffentlichen Lebens zurück. In den Wahlkämpfen geht es endlich wieder um substantielle politische Entscheidungen. Die „ausgetrocknete Öffentlichkeit“ „repolitisiert“ sich.⁵¹ Wahlen können fast nur noch europäisch oder antieuropäisch gewonnen werden.

Die pro-europäischen Parteien werden aber nur dann eine Chance haben, wenn sie ihr in den Verfassungsverträgen längst gegebenes, aber zu totem Recht verkommenes Versprechen auf ein demokratisches und soziales Europa einlösen. Dazu jedoch bedarf es des gesetzgebenden Willens aller Bürger der Union. Eine Verfassung, die das Projekt eines neuen, demokratischen und sozialen Europa *wählbar* macht, ist nur für den inneren Kreis der Eurozone möglich *und* existenziell notwendig. Der äußere Kreis, sofern er

⁴⁹ Georg Jellinek, Verfassungsänderung und Verfassungswandlung, Berlin: Häring 1906.

⁵⁰ Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt: Campus 2015. Zur normativ notwendigen Relativierung der egozentrischen Perspektive der reichen Länder auch noch bei Piketty jüngst: Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser 2016.

⁵¹ Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘, Frankfurt: Suhrkamp 1968, 100.

sich nicht anschließen will und kann, müßte auf eine vorparlamentarische Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie heute schon mit Norwegen und der Schweiz besteht, zurückgestuft werden.⁵² Das macht die Auflösung des Lissabonner Vertrags ebenso zwingend wie seine Umwandlung in eine schlanke, wirklich demokratische Verfassung der Eurozone, in der dann über *substantielle Alternativen* zwischen rechts und links, zwischen neoliberalem und sozialem Europa diskutiert und entschieden werden kann.

Die gesetzgebende Gewalt, die einst die Französische Revolution gemacht hat, könnte auch das demokratische und soziale Europa konstituieren, wenn sie nur will. An den Bürgern soll es nicht liegen. Sie vertrauen einander heute schon mehr als ihren deformierten Institutionen und deren Verwaltern.⁵³ Wer ihr rationales Mißtrauen als rattenhaften Populismus denunziert, mißtraut der Demokratie und will eine, die keine ist.

⁵² Ähnlich: Enderlein, Eine Generalüberholung für den Euro; Cerstin Gammelin, „Höchste Zeit“, Süddeutsche Zeitung 4. April 2017; Enderlein, Eine Generalüberholung für den Euro; Offe, Europa in der Falle; Habermas, Zur Verfassung Europas.

⁵³ Eig Müller, „Beyond the Crisis: The Societal Effects of the European Transformation“, erscheint in ELJ 2017; vgl. a. Jürgen Gerhards/Holger Lengfeld, Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger, Wiesbaden 2013; Lengfeld, Die Kosten der Hilfe. Europäische Fiskalkrise und die Bereitschaft zur Zahlung einer europäischen Solidaritätsteuer. Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig, Nr. 64, Dezember 2014, URL: http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/15811/64_lengfeld.pdf. [zuletzt eingesehen am 05.03.2017]; Gerhards/ Lengfeld, „European Integration, Equality Rights and People’s Beliefs: Evidence from Germany“, in: European Sociological Review 29/ 2013, 19-31; Vision Europe Summit Consortium 2015: Welfare state reforms in Europe – Mapping citizens opinion, Güterloh: Bertelsmann; eupinions 21.11.2016: Brexit läßt die Zustimmung zur europäischen Union deutlich steigen, Bertelsmann-Stiftung; s. jetzt auch im SPIEGEL Leitartikel: Julia Amalia Heyer, „Danke, Ihr Gaukler! Die Rechtspopulisten bewirken, dass die Völker Europas sich endlich füreinander interessieren“, in: DER SPIEGEL, 18/ 2017, 8. Vgl. auch die jüngste Bertelsmann-Studie: Catherine de Vries/ Isabell Hoffmann, Is the Right the Left? Right wing voters in France and in the EU and how they differ, eupinions (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_2017_02_ENG.pdf - 05.05.2017).

THE EMERGENCE OF EUROPEAN CAPITALISM

Donald Kalff

Today we will mainly discuss cultural issues, although the main concern of most Europeans is money, not culture. Money makes the world go round. Money is mostly paid by Germany, who is Europe's biggest contributor, and is spent by the EU, seen by many as useless. The "We want our Money Back" country is leaving Europe mainly for that reason.

Every German is putting 50 cents per day into the pot. Every Dutch is putting about 66 cents. That is your and my personal cost for Europe, the equivalent of a baked roll. Where does the money come from? It comes from the economic activity of European companies, which create jobs, pay taxes, and make a profit. So you do not need a degree in economics to understand that we need a well working economy to keep Europe together and thriving.

Donald Kalff is a former member of the KLM Executive Board and a co-founder of six biotech and ICT companies. He has published extensively on corporate governance and its relation to innovation and investment. He is the author of two books on the subject. In 2005 Donald wrote a book titled An UnAmerican Business, the Rise of the New European Enterprise. In Germany the book was titled: Europas Wirtschaft wird gewinnen. The German title is a bit misleading, because someone has to lose if Europe is going to win. But we are just learning that economics at its best is a win-win situation for all participants. In his book, by relying on the data of maybe 2003 and 2004, Donald analyzed the major reasons for the economic crisis in 2000/2001, the famous Dotcom-Bubble, and the Americanization of European economic thinking at that time, which relied on the notion of shareholder value.

Donald concluded that America was not able or willing to learn from that crisis and he foresaw the next crisis, the subprime-crisis, which hit the globe in 2007. At least to my opinion, no one, especially America, has really learnt from that crisis, so that the next crisis is already looming. It is time to rethink capitalism, by emphasizing the advantages of the European way to do business.

Accordingly, Donald is going to sketch some ideas that can be used to conceive a new European way of capitalism. Eventually, we have two Donalds in the room: Donald Kalff, with his new ideas on capitalism, and, in the background, the other Donald, who is leading America back to the dark ages of capitalism. (Hans-Ulrich Niedner)

Many thanks for the opportunity to share with you my views on the future of capitalism in Europe. This subject is obviously related to the fate of our liberal democracies and the next phase of European integration. It is already a cliché that — until the next French presidential election — we have to re-engage those who have fallen for the temptations of ethnic nationalism.

We need higher economic growth and we need to restore confidence in our business leaders in a world dominated by financial markets.

We know that only 15 % of all the money in the world is exploited in economic activity, the rest of it is packaged and re-packaged in products that are traded between banks and other financial institutions.

Financial capitalism is the perverted version of a system that has served extremely well Western Europe since World War II and that, more recently, has brought wealth and stability to Southern and Eastern Europe. Financial capitalism originated in the US and the UK and the liberalization of financial markets in the world paved the way for its expansion. Capital is not the dominant objective: it is the only objective. In its pursuit, everything not explicitly forbidden by law or excluded by contract is permitted.

The forces aligned to defend and expand financial capitalism are formidable. Greed, fear and herd behavior stand in the way of change. Political and cultural forces are necessary but by no means sufficient to counter what is a conspiracy without conspirators.

Also, a greater role for governments and global institutions and more regulation of financial markets will produce very little. Bringing the banks under control after the financial crisis only produced mixed results, at the expense of taxpayers and bank customers.

The main point of my presentation is that there is an alternative route. Many stars are now aligned to enable Europe to move away from financial capitalism. There is reason for optimism.

We should capitalize on the fact that financial capitalism is its own worst enemy because it destroys economic value built in the real economy. Managed funds have consistently lost money over decades. Listed companies have let their shareholders down. Uncertainty emanating from the financial markets regularly paralyses the real economy. I will talk more about this later.

Large parts of the economy on the continent never succumbed to Anglo-Saxon views on capitalism and the tide is now turning. Brexit and the indifference of the US leadership to Europe will reduce pressure to fall in line with financial capitalism.

I will argue that a new and highly competitive form of capitalism is already there for those who want to see it. Our task is to turn the spotlight on it, protect it and expand it. Only economic forces will be powerful enough to oppose financial capitalism.

I am not a macro economist, a political economist, or an economic sociologist. These are fields that have contributed very little to the analysis of the current situation. I believe that a micro economic perspective is required to understand the causes of the malaise and to identify remedies.

I will now take you to a world with which most of you are not familiar. This is the world of large enterprises, from icons like Shell and Roche to newcomers such as Facebook and Tesla. Why do these companies play an indispensable role in modern economies?

It is because they spend considerable sums on R&D. They develop products or buy them from smaller companies, identify and develop markets, build highly efficient worldwide production, and supply chains. They can tackle large scale, technologically advanced, high-risk projects. They set standards that create new kinds of desirable products. They increase the number of talented managers and provide, directly and indirectly, high quality employment.

Nobody believes that the problems of our time — lack of political stability, global warming, overpopulation and the perpetual Third World health crisis — can be efficiently and effectively faced without the support and active involvement of large enterprises.

It is therefore understandable that, in the wake of the economic crisis in 2008, central banks and governments, facing a deep recession, accommodated the private sector in general and large enterprises in particular through their policies. Central banks lowered interest rates to the maximum extent possible. Many governments lowered tax rates, made labor markets more flexible, and pushed deregulation. All this was supposed to trigger innovation, investments, and export growth.

Yes, economic growth has returned, but at what price? It was achieved at the expense of the next generations, who must deal with mountains of private and public debt, it delayed the adaptation of Southern European economies to the realities of life, and laid the foundations for a new round of financial instability.

Worse, these gargantuan efforts were largely wasted. Let's look at the top 500 listed companies in the S&P index. According to many, they are the best enterprises in the world. How have they performed since the financial crisis of 2008?

Growth of investment has been poor and the returns on past investments have shrunk. Export growth has declined. The share of new products as a percentage of total revenues has stagnated. We have witnessed one scandal after another. Be that as it may, the most depressing finding by far is that productivity growth has slowed down, year after year.

Since improvement in productivity is the only source of genuine economic growth, poor performance in this department is highly disconcerting. Modest gains in productivity were delivered only by 5 % of the companies. 475 companies, led by the best and the brightest managers, have been trading water.

Something is seriously wrong when enterprises cannot capitalize on the most business-friendly political context in the world, huge homogenous and integrated markets, one legal and one fiscal system, only two languages, deep capital markets and the best business schools in the world. These are advantages that European companies can only dream.

My diagnosis is that financial markets have made value destruction all but inevitable. This also provides an explanation for the decline of productivity that has so far puzzled politicians and economists. Here the role of stock markets is essential as

they allow financial markets to ensure that companies serve their interests.

The Anglo-Saxon Enterprise Model

The villain of the piece is the so-called Anglo-Saxon Enterprise Model. Superficially, this model offers a very attractive way to do business. However, its key characteristics are fundamentally flawed.

In this model, the enterprise's objective is to optimize the shareholder return on investments, being the sum of the dividend stream and the appreciation in the shares. Financial markets have persuaded enterprises that a constant rise of profit per share will be the most effective way to reach this objective.

Plausible as it sounds, the causal connection is missing. Share prices are largely affected by factors unrelated to the performance of the individual enterprise. The so-called 'Efficient Market Theory', which postulates that the relevant information about a company is reflected in the price of its shares, has been proved false. Stock prices are not fair and do not reflect the value of an enterprise.

The implication is that all the efforts and all the sacrifices made to improve profit per share will not produce the desired outcome. Capital and talent have been wrongly allocated on an unimaginable scale.

Moreover, improving profit per share implies of course increasing the numerator and decreasing the denominator. The quickest way to increase profits is to cut cost, which is synonymous with a reduction of manpower. It is a dark secret that those plans hardly are successful.

Pushing for profits also puts constant pressure on investments. Accounting rules suggest that the early losses caused by investments are at the expense of corporate profits. Accounting rules also lead to prefer acquisitions on investments, as acquisitions can be put on the balance sheet and can be depreciated over time, doing less harm to short term profits. Where investments are risky, acquisitions fail in the 60% to 80% of the cases.

The concentration on profit per share also explains the frantic buying back shares, lowering the denominator. This testifies to the management's inability to identify value that creates investments.

All of the three popular policies of the Anglo-Saxon Enterprise Model are fueled by the management's remuneration packages, which is largely variable and tied to profit per share or to the share price itself.

The Model's second key characteristic is the trust in individual leadership. The rationale is that only individuals can inspire, that only individuals can act quickly and decisively, and that only individuals can be held accountable.

This focus on individual leadership is very much in the interest of financial markets. Individuals are highly sensitive to the views prevailing among their peers and superiors. Nobody comes up through the ranks without embracing the central tenets of the Anglo-Saxon Enterprise Model. In addition, individuals can be put under pressure and the removal of a single person is enough, when radical change in the company is required.

Here is the basic flaw in this argument. Over the years, social psychological research has showed the limitations of individuals to process and analyze information and to take decisions on that basis. Such problems are worsened by our overconfidence in our capacity to predict.

We are only aware of a very small portion of all the emotions, fears, desires, assumptions, and facts that we hold at any point in time. We have no control over what rises to the surface. Our judgement is clouded by an astonishing range of biases and stereotypes; our ability to read human behavior and to convince our fellow man is pretentious. I should also mention problems such as narcissism and other forms of psychopathology, which are quite common among CEOs.

In such a context, the victim is the quality of decision making, with enterprises making commitments that cause the destruction of economic value.

The Model's third key characteristic is the reliance on target setting and the rigid control over each manager and each employee, combined to significant rewards and severe punishments. J&J used to have a policy called "three strikes and you are out", meaning that the third failure was fatal, if you did not meet your target twice. Now, the new policy is "two strikes and you are out". This is the strategy of management by fear. I would also point you to a series

of articles in the NYT about Amazon and its management practices.

It is all about offering shareholders the illusion of control, by focusing on financial and other quantitative parameters. Such systems are based on discredited concepts of learning and harm the motivation, the wellbeing, and the health of middle management and employees.

In most listed companies the problem is given by the belief that internal competition will bring the best out of people. Is anyone surprised by the fact that lack of trust is required for innovation and value creation? Trust should be a basic condition for cooperation.

Summing up, the way enterprises are managed cause considerable damage. This damage has now reached macro-economic proportions. If, in 2014, the 500 S&P companies had invested one quarter of the capital outlay to buy back their shares, the US economy would have grown by 3,2% of GNP instead of 2,4 %.

So, what is the alternative for the Anglo-Saxon Enterprise Model?

The Rhineland Enterprise Model

In the months and years to come, you will hear much about the rejuvenation of the so-called Rhineland model, or in modern jargon the Stakeholder Model. In this model, the enterprise has an obligation to pursue the interest of all the parties that have a vested interest in the enterprise. This model is the most unfortunate, since it stands for value destruction. Let me just remind you that this was the preferred model for listed European enterprises until the mid-eighties, when it was swept aside by the weak Anglo-Saxon model. Its shortcomings are multiple.

Embracing this model means being open to all comers, legitimate or not. Often, this causes serious distractions. More important is the fact that, in this model, only the current stakeholders are taken into consideration, nobody comes to the rescue of future stakeholders.

Many interests are institutionalized, and power is exercised without accountability and, often, without knowledge of the real cost requested to meet the demands. Established stakeholders defend

their positions vigorously, often serving a clientele that strives for short-term success. Often, the management is left to juggle very different viewpoints, expressed by various stakeholders.

As a result, stakeholders constrain innovation and slow down decision-making, and I do not have to explain to a largely German audience that a large role for stakeholders in the management of an enterprise comes with considerable risk. The bottom line is that an enterprise is considered a community of interests that are pursued at the expense of the enterprise itself.

The search is on for another model and it is good news that European enterprises operating with very different principles are flourishing. It is encouraging that we find such enterprises in numerous economic sectors, that they apply very different technologies, and that they are in various stages of development. For example, Norske Nordic is a fundamentally different company from GSK, so is Statoil from BP and Svenska Handelsbanken from Barclays, and all the three are far more successful than their British competitors.

What they have in common apparently works. I have labeled it the European Enterprise Model. Here are its main characteristics.

The European Enterprise Model

As properly reflected in corporate law, the European Enterprise is an independent entity. It is an economic actor that can engage in contractual relationships and that is accountable for its actions. The European Enterprise is not an instrument in the hands of its shareholders and it is not the servant of the special interests of the day. It is an indispensable institution, since it is the only true source of economic growth: indeed, it grants an increase of productivity, driven by the introduction of smarter working methods and by investments.

The European Enterprise strives for the so-called economic profit, which profoundly differs from accounting profit. It is nothing more and nothing less than the positive difference between all cash income and cash outflow irrespective of its source and irrespective of its destiny, now and in the years to come. In my definition, the European Enterprise Model also includes the costs employed by the enterprise to run its business and to make investments. Bank loans

need to be repaid, interest payments on the outstanding debt and dividend payments to shareholders need to be made.

All this is basic household economics. Our income should cover all our daily costs and our investments in appliances, in transport, and in our home. And we need to service our mortgages and any personal loans we might take out.

As the saying goes, accounting profits, the focus of financial markets, are matters of opinion. They are sometimes subject to arcane accounting principles and they are easy to manipulate by the management. Most importantly, accounting profits are very poor guides for decision-making. For example, enterprises tend to back their most profitable units. Unfortunately, the current profitability is a very poor predictor of future profitability.

Cash never lies and provides a cascade of benefits. It is the main guide for decision making at all levels of the enterprise: operational decisions, decisions to stop some activities and to start new ones, decisions to invest and to engage in partnerships.

Focusing on cash also implies a focus on the future, since the value of an enterprise is the sum of all its future annual net cash-flows, corrected for inflation. Focusing on the future helps enterprises to see more opportunities and increases the warning time for unfavorable developments. It forces the enterprises to anticipate the legislation to come and to take “external” costs into account.

Finally, focusing on cash and therefore on the future helps to anchor the enterprise in society at large. Advanced enterprises are keenly aware that they need to have a “license to operate” now and in the future from society. If this is withheld, their cash-flows will suffer and their existence will be endangered. Shell and Total felt the pressure to tackle climate change early on, ExxonMobil and Chevron felt that much later.

The first responsibility of management and employees is to serve the enterprise and not its shareholders or stake holders.

In the European Enterprise Model, leadership is provided by a chairman, who heads a modern day collaborative management team. Only teams can control individual biases and stereotypes. At the same time, the chairman prevents “groupthink”.

Each member of the team has profound knowledge of the industry sector in which the company operates, and of the distinct

competences and shortcomings of the enterprise. Shared and individual responsibility for the enterprise, in combination with a variety of perspectives (but not with a variety of interests), does wonders for the quality of decision making.

Competence and independence are essential to create trust in the leadership and to grant authority by the rank and file.

Entrepreneurship takes central stage, as the leadership carries responsibility for innovation, for the development of new business models, and for the construction of the organization that supports all of this. The main goal is to bring the enterprise's value creation to a structurally higher level.

Such an organization optimizes the value of the existing business models. First, it does that by minimizing the inevitable erosion of value caused by the daily disturbances, due to mistakes, unexpected events, and bad luck. Second, it achieves that goal by improving performance and exploiting the available expertise and assets. This is the so-called "multi factor productivity", the little understood sum of all the improvements that cannot be attributed to new ICT, plant and equipment.

Moreover, the European Enterprise Model needs to invest in expertise and assets to increase the positive cash-flow. Clearly, when the projected extra revenues are not higher than the extra costs (including the cost of capital) economic value is destroyed.

The results of the European Model are only possible with a far-reaching delegation of responsibilities, whereas the economic value perspective directly links individual performance to the prosperity of the enterprise. The advantages of the European Model are the freedom to operate, a clear "line of sight" between individual contributions and the performance of the enterprise, as well as room for craftsmanship, the desire to produce quality for its own sake, the creation of a strong bond between individuals and the enterprise. I urge you to look at Novo Nordisk, Statoil, and Svenska Handelsbanken as trendsetters for other companies and I am confident that you will conclude that the principles that I have outlined are not high-minded ideals but prescriptions for real life success.

Conclusion

In EU 27, we are facing the unique situation that individual shareholders, employees, taxpayers, consumers, and pensioners have a common interest in enhancing the performance of large companies. This is in line with the more and more blurred distinction between the political left and the right. New alliances can be forged to change the rules of the game. Trust in capitalism can only be restored when entrepreneurs take the helm of large enterprises, bring the functioning of their companies to a structurally higher level and so contribute to economic growth.

Of course, the economic and political context in which these efforts will be made is of crucial importance.

The EU27 is the natural home for the European Enterprise Model. It provides fertile ground for it for the following reasons:

- 75% of the financing of US companies takes place with the stock market as intermediary. In EU27 this happens for only 25% of the companies, as banks still play a major role in corporate finance and banks are cash oriented. This provides a degree of protection against the financial markets that is worth having;
- EU27 is the largest exporter in the world as well as the largest importer. E27 enterprises can benefit from an unparalleled web of trade agreement;
- Enterprises in EU27 will experience a tailwind as markets for goods services and labor, the largest markets in the world, will further integrate.
- European values such as reasonableness, fairness, and moderation are highly beneficial for modern enterprises that depend on the cooperation among a variety of partners.

Conversely, the European Enterprise Model has much to contribute to EU27. Enterprises focused on value creation help to create economic growth, provide safe and inspiring work environments, and are sensitive to society's future needs.

EU27 not only needs to develop its own form of capitalism to reclaim what financial capitalism has taken away, but it is also well prepared to do so. It can operate from a position of strength, and the European Enterprise Model can enforce what is already strong. The National governments, the Commission, the Council and the

European Parliament can take unique and valuable steps to bring this future closer.

Lowering corporate tax rates is not the right way to move forward, instead depreciation of investments upon completion is. Banks can reduce their risks by helping enterprises to concentrate on value creation. Pension funds have long-term obligations that are far better served by enterprises that focus on cash flow now and in the future. Regulators should welcome the transparency that the European Enterprise Model can offer.

THINKING SPACE EUROPE AND THE CHALLENGE OF ISLAM

Michiel Leezenberg

Michiel Leezenberg ist an sich Philosoph, der aber auch klassische Sprachen und allgemeine Sprachwissenschaft studiert hat. Er lehrt als „associate professor“ Wissenschaftsphilosophie an der Universität von Amsterdam und ist in Europa, aber auch in Nahost und in Afrika als Vortragender gefragt, da er sich auf die Philosophie des Islam und auf den „Islam in der modernen Welt“ spezialisiert hat. Besonders lesenswert ist sein Buch über ‚Islamitische filosofie‘, das 2001 auf Niederländisch erschienen ist. Regelmässig meldet er sich im NRC Handelsblad mit Überlegungen zu Hintergründen von politischen Ereignissen in Nahost zu Wort. Deshalb ist er hervorragend geeignet, um zu unserem Thema ‚Denkraum Europa‘ im Hinblick auf den Islam zu sprechen. (Antje von Graevenitz)

The idea of a Europe as a ‘thinking space’ proceeds from a tacit image of Islam, or the Islamic world, as its absolute antipode, or – to retain the spatial imagery – as a heterotopia that stands for everything modern Europe has combated, overcome, or rejected. Remarkably few academic philosophers have ventured to discuss Islam and the Muslim world; and when they do, they risk reproducing precisely the self-congratulatory and reductionist narrative of Western progress, emancipation and secularization that nowadays is increasingly being taken over by xenophobic right-wing parties. As a result, all too often, present-day public debates implicitly or explicitly present Muslims, Islam, and the Islamic world, as in crucial respects essentially different from Western liberal secular sensibilities, and hence as possibly unassimilable to modern liberal states. This

attitude may be found not only among openly xenophobic or anti-Islamic authors, movements and political parties; also among more critical and self-critical liberal secular authors, one often finds tacit assumptions or explicit claims that the Islamic world is ‘not yet secularized,’ bound by tradition, and ‘not yet having experienced, or passed through, the Enlightenment.’¹

It has proved tempting, and is undoubtedly illuminating, to study the extent to which present-day islamophobia reproduces the conceptions and mechanisms of twentieth-century antisemitism. There are plenty of models helping us to do so. Thus, over seventy years ago, Jean-Paul Sartre argued that (French) antisemitism was based not on any real experience of Jews, let alone directed against any real oppression by Jews, but rather on a *choice* for a particular kind of life, determined by bad faith.²

In many respects, Sartre’s account is outdated, and problematic in its own right; but whatever its shortcomings, it may help us to better understand the relative impermeability to rational counter-argument and empirical evidence to the contrary that is characteristic of both antisemitism and islamophobia. Thus, basing oneself on such analyses, one could set out to formulate a similar phenomenological critique of early twenty-first-century islamophobia as based on the idea of the Muslim as shaping experience, rather than the other way around. As has been observed by various authors, early twenty-first century Islamophobia shares many features with mid-twentieth-century antisemitism, including a moral panic about alleged projects or attempts to conquer or dominate the world, a paranoid and unfalsifiable mistrust of seemingly assimilated individuals as a fifth column, and last but not least a – to my mind highly significant – sexual dimension. The latter is particularly clearly visible in recent media hypes concerning, for example, the alleged mass rape by Muslim refugees at Cologne Central Station

¹ The most famous philosopher to do so in public discussions is perhaps Jürgen Habermas; see for example his 2008 essay, ‘Die Dialektik der Säkularisierung’ (available at <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/april/die-dialektik-der-saekularisierung>). A similar attitude, however, may be found among many journalists and academic philosophers alike.

² Jean-Paul Sartre, *Réflexions sur la question juive* (Paul Morihien 1946).

during New Year's night 2015-2016; the auctions of female slaves held by IS or the so-called 'Islamic State;' and the interminable discussion whether Muslim women wearing a headscarf symbolize or embody Muslim patriarchic oppression rather than free individual choice.

Sartre has already observed that the situation of Jews (or, as he puts it, 'the Jew') in France involves an odd combination of sexual attraction and repulsion;³ and much the same may be said about present-day xenophobic attitudes to Muslim migrants in Europe. In recent years, individuals and parties not known for their feminist ideas or emancipatory agendas have referred to refugees and immigrants from Muslim-majority countries as 'testosterone bombs' who threaten 'our women.' This hypocritical concern for European women's sexual safety is not only a prototypical ingredient of contemporary forms of sexualized nationalism; more generally, it is part of a cherished broader self-image of Europe. At present, however, the idea, or ideal, of Western women as free and emancipated is increasingly challenged by precisely the same populist, nationalist and xenophobic movements: all over Europe, one may hear increasingly loud, numerous, and well-organized voices speaking up against abortion, gay marriage, and the like, all in the name of defending 'family values' – whether or not in the name of religion.

One indication that the European self-image of Enlightenment, emancipation and secularism is relatively impervious to rational argument is the fact that it is blithely reproduced at the very same time it is challenged from within. The stereotypical representations of Muslims simultaneously reproduce and reinforce the widespread self-image of Europe as the continent where philosophy originated and flourished, where the scientific revolution took place, and where the Enlightenment triggered the secularization of society and the emancipation of the people. At the very moment that the long-assumed identification of modernization with secularization is increasingly being challenged not only in the Islamic world but worldwide, including in Europe, we still witness self-confident slogans

³ I have discussed the sexual dimension of contemporary debates concerning Islam and Muslims in *De minaret van Bagdad: Seks en politiek in de islam* (Prometheus 2017).

that ‘Islam has not known an Enlightenment,’- as if different cultural spaces necessarily have to pass through the same historical phases. Likewise, the suggestion that the Enlightenment does not necessarily or simply stand for progress and emancipation, but knows a dialectic of its own, as famously argued by Adorno and Horkheimer, seems to have been forgotten in debates, as has Europe’s twentieth-century history, which – even if one disregards the history of colonialism and decolonization – is marked by violence of an unprecedented scale and extent.

Against such appropriations and reductionist images, one line of argument is the somewhat apologetic counternarrative that the Islamic world has itself known an Enlightenment of sorts during the flourishing of classical Islamic philosophy in the tenth and eleventh centuries CE; that later contacts with actors and ideas of the Western Enlightenment did indeed leave deep and permanent traces in the modernizing Islamic world; and that the Medieval Islamic scientific and philosophical tradition made possible not only the intellectual flourishing of the High Middle Ages in Europe, or what has been referred to as the ‘Twelfth-century Renaissance,’ but also have arguably influenced Copernicus and the scientific revolution.⁴ Even this counternarrative, however, has been challenged in Islamophobic circles. Authors like, most famously – or notoriously –, Sylvain Gouguenheim have claimed that Greek philosophical learning reached Medieval Europe not at all through Arabic translations, but as the result of the efforts of Greek-reading monks at Mont Saint Michel in France.⁵ Gouguenheim’s work is based neither on detailed study of primary sources nor even on recent secondary literature; but apparently, the dogma that Islam and enlight-

⁴ For the medieval Islamic philosophical tradition as a trigger of the Twelfth-century Renaissance, see Dimitri Gutas, *Greek Science, Arab Culture* (Routledge 1998); for possible Islamic scientific influences on the 15th-century Renaissance and the scientific revolution, see George Saliba, *Islamic Science and the Making of the European Renaissance* (MIT Press 2011). For a popularizing narrative on modernizing and enlightened tendencies in the Islamic world, see Christopher de Bellaigue, *The Islamic Enlightenment: The Modern Struggle Between Faith and Reason* (Bodley Head 2017).

⁵ Sylvain Gouguenheim, *Aristote au Mont Saint-Michel: Les racines grecques de l’Europe chrétienne* (Seuil 2008).

ened philosophical rationality are mutually exclusive as a matter of definition is too attractive to be given up that easily.

But – and this seems to be a, if not the, major difference with earlier antisemitism – it is not only Western Islamophobes who are keen on reproducing and reinforcing an absolute Manichaean opposition between the civilized, secular West and the violent, religion-saturated Muslim world. A number of Muslim activists and movements, most notoriously al-Qa’ida and IS or the so-called ‘Islamic State,’ have actively and emphatically proclaimed the wholesale rejection of modern Western moral values and political institutions. Thus, IS propaganda has systematically and deliberately presented Islam (or rather, its particular reading of that faith) as the absolute Other of everything that modern Europe, and the West more generally, claims to stand for: democracy, secularism, women’s emancipation, gay rights, respect for religious minorities, cultivation of art and architectural monuments, and so on. Such claims, it should be noted, were part of a carefully orchestrated and professionally managed media campaign aimed at antagonizing Western audiences and recruiting Muslim supporters. This campaign was duly reported, and effectively supported, by the overwhelming if not hysterical attention for IS in Western mainstream media, which saw the movement as rejecting everything the West stood for or embodied, and thus reproduced exactly the image IS propagandists wanted to project.

One should not reduce IS’s short-lived military and political gains to the one dimension of Islam, however: otherwise, it would be impossible to explain why this particular form of violence emerged only in the early twenty-first century, and only gained a foothold in this specific part of the Islamic world, which was already in disarray by several years of escalating ethnic and sectarian conflicts, if not outright civil war.

Moreover, the extensive if not eager media coverage of IS atrocities has effectively served to distract public attention away from, in particular, the Syrian regime’s quantitatively far worse record. In fact, however, in comparison with the decades-long organized state terror exercised by the Baathist governments in Iraq and Syria, the actions of IS, no matter how horrendous and despicable, are rela-

tively small fry.⁶ More importantly, IS tactics and technologies of governing through terror are in fact in many important respects shaped and inspired by the former.

Much has been made of the Wahnâbî theological backgrounds of IS, which are adduced by friend and enemy alike as justifications of the genocide of Yezidis for being infidels; of the selling of captive women into (sexual) slavery; and of the widely publicized killings of homosexuals, Shi'ites, and foreign captives.⁷ To some extent, this attention is justified, as this Wahnâbî-inspired theological language is exactly what IS uses, or used, in its propaganda. One should not overlook the differences with the form of Wahnâbî Islam that serves as the state religion in Saudi Arabia. The most important of these differences is that IS ideology and practice, unlike state-sponsored Saudi Wahnâbism, is revolutionary: whereas Saudi Arabia's Wahnâbî scholars have always been loyal supporters of the house of Sa'ûd, and have unquestionably accepted the worldly authority presupposed by the latter's quasi-trial patronage, IS has consistently aimed at overthrowing whatever order or power was in place locally. Although it made temporal alliances with local secular Arab-nationalist forces or tribal leaders, IS tended to sideline or eliminate these allies as soon as they had gained power.

⁶ For example, in the Syria war, an estimated 250,000 civilians have lost their lives, the vast majority as the result of artillery shelling or aerial bombings by the Assad regime; IS is held responsible for at most an estimated one-tenth of this figure (incidentally, the US-led military campaign against IS-occupied Mosul has also been reported to have claimed the lives of an estimated 10,000 civilians). Reports by organizations like Amnesty International and Human Rights Watch suggest that from 2011, literally tens of thousands of Syrians have been tortured to death in Assad's prisons. All of these crimes, needless to say, are routinely denied by the regime's propagandists, even in the face of overwhelming evidence.

⁷ See, for example, Rukmini Callimachi, 'ISIS enshrines a theology of rape,' *New York Times*, 13 augustus 2015, available online at (http://www.nytimes.com/2015/08/14/world/middleeast/isis-enshrines-a-theology-of-rape.html?_r=0). In fact, however, this article hardly if at all discusses any actual theological justifications of IS's treatment of female prisoners. Recently, academic scholars have focused on the wider movement of 'Salafism,' rather than on the specifically Saudi Arabian 'Wahnâbism;' for a thorough discussion of Salafi ideas, currents, and theorists in the twentieth century, see Henri Lauzière, *The Making of Salafism: Islamic Reform in the Twentieth Century* (Columbia University Press 2015).

Moreover, underneath IS's Islamist surface and its propagandistic veneer lurks a secular and highly professional organization, built up primarily by personnel from Saddam Husayn's intelligence and security apparatus, which had been in power, and had operated as effectively as ruthlessly, until the Iraqi regime was ousted in 2003.⁸ And indeed, IS rule is characterized not just by the seeming religious zeal of its foot soldiers – a highly visible and highly successful propaganda tool in the days of its rapid expansion in 2013 and 2014 – but also, and at least as much, by the gathering and exploiting of intelligence gathered by local informants, and by the systematic use of terror as a tool of government. The latter two are reminiscent of, and indeed directly inspired by, in particular, Saddam Husayn's Baathism in Iraq, which in turn had carefully copied various tools and technologies of government from Communist Eastern Germany, and in particular from the Soviet Union under Stalin.⁹ Among these are the cult of the leader, the pervasive presence of domestic intelligence and security services, and the systematic use of terror as a tool of government. Baathism, in short, is Stalinism with an Arab face; by extension, IS is Baathism with an Islamic face.

The major difference between Iraqi and Syrian Baathism and IS practices resides, of course, in the latter's distinct economy of visibility: whereas both the Iraqi and Syrian regimes tend, or tended, to hide their crimes, or to flat-out deny responsibility for them, and to make video footage and other evidence of their atrocities available only to a very select audience of party members and/or intelligence personnel, IS openly and indeed brazenly boasts of its acts of violence. In its defiant showing of video footage of the execution of prisoners, of auctions of female slaves, etc., however, IS is behaving less like a territorial state seeking recognition from the international community and from the international juridical order than

⁸ The presence of veterans from the Iraqi Baathist security services in the upper echelons of IS was first discussed by Christoph Reuter, 'The Terror Strategist: How Secret Files Reveal the Structure of Islamic State', *Spiegel Online*, 18 April 2015; available online at <http://www.spiegel.de/international/world/islamic-state-files-show-structure-of-islamist-terror-group-a-1029274.html>.

⁹ On the horrors, and the Stalinist character, of Saddam Husayn's rule, see in particular Samir al-Khalil, *Republic of Fear* (University of California Press 1989).

like an organized crime ring trying to secure its territory by means of the public display of violence.

An instructive parallel, or possibly model, for this behavior may be found in present-day Mexican drug cartels, several of which produce and circulate video footage of gruesome executions of members of rival gang in order to intimidate their opponents. In the Islamic world, there is no evidence of such public and videotaped executions prior to the 1980s: to the best of my knowledge, the first video footages of executions were images of an American hostage in Lebanon in the 1980s; perhaps more importantly, Islamic insurgents in the two Russian wars in Chechnya started circulating video footage of gruesome executions of Russian POWs in an effort to undermine the morale of the invading Russian army during the mid-1990s. It is unclear whether and to what extent IS has copied these particular models; but the presence of Chechen veterans among its ranks is not in doubt.

In short, in its ideology, propaganda tactics, and in its systematic resort to violence or terror as tools of government, IS is a thoroughly modern phenomenon, which cannot and should not be explained from classical Islamic theology. I would like to conclude my discussion with a digression on one of the most famous classical Islamic theologians: the famous, or notorious, Ibn Taymiyya (d. 1328). No Medieval Muslim scholar is quoted or referred to as often in both IS propaganda and Osama bin Laden's messages.¹⁰ At first sight, he seems to fit the bill perfectly: he is known to have inveighed against the Mongols, against monistic Sûfi mysticism, and against any innovation he saw as threatening the absolute status of the shari'a. Add to this the fact that he wrote an voluminous book rejecting Greek logic, and the picture of Ibn Taymiyya as the prototypical obscurantist Islamist zealot dismissing Western philosoph-

¹⁰ There are no detailed recent studies of the Islamist use, or abuse, of Ibn Taymiyya in Western languages. A classical, if by now in some respects outdated, study is Henri Laoust, *Essai sur les doctrines sociales et politiques de Taki-d-Din Ahmad b. Taimiyya* (Institut français d'archéologie 1939). For a biographical study, see Caterina Bori, *Ibn Taymiyya: Una vita esemplare (Rivista degli studi orientali, Supplemento monografico, vol. 1, 2003)*; for a collection of recent essays, see Yossef Rapoport & Shahab Ahmed (eds.) *Ibn Taymiyya and his Times* (Oxford University Press 2010).

ical rationality, rejecting influences from alien cultures, and preaching violence against unbelievers seems complete.¹¹

Yet, there are good reasons to resist this attractively reductionist image: in all likelihood, Ibn Taymiyya would have been appalled at the crimes that movements like al-Qa'ida and IS have committed in his name. For example, in his letters and fatwas, he repeatedly argued that noncombatants, in particular women and children, should not be targeted in wars, and that prisoners of war should be treated humanely and with respect. Thus, in his voluminous writings, we find no legitimation whatsoever for indiscriminate acts of terror like the September 2001 WTC bombings (nor, more generally, for suicide assaults – another thoroughly modern phenomenon), nor for the propagandistic use of POW executions.¹²

Ibn Taymiyya's rejection of Greek logic is also rather more interesting and substantial than would seem at first sight. He does not simply dismiss foreign logical methods as foreign or alien to Islamic culture (the concept of 'culture' in its modern sense of a people's collective habits, customs, norms and values not being available at this stage anyway); rather, he provides a lengthy argument against the epistemological pretensions of, specifically, Aristotelian syllogistic to provide a means for producing indubitable knowledge about the world. Aristotle, and more relevantly here, his Muslim followers, held that so-called demonstrative syllogisms, which proceed from indubitable principles, like definitions capturing a thing's essence, and which use flawless logical methods, can yield indubitable substantial knowledge about the world. Ibn Taymiyya wrote a lengthy refutation of this epistemological pretension, arguing at length that definitions fail to capture the essences of things, and that syllogistic arguments fail to yield undisputable truths. In short, his is a systematic – dare I say philosophical? – refutation of the

¹¹ *Radd 'alà al-mantiqiyîn* ('Refutation of the Logicians'), 2 vols., Dar al-fikr al-lubnânî, 1993; for an English translation of a fifteenth-century summary by al-Suyûti, see Wael Hallaq (tr./ed.) *Ibn Taymiyya Against the Greek Logicians* (Oxford 1993).

¹² For more detailed discussions of suicide terrorism by Muslim actors, cf. my 'Suicide Bombing and the Modern Nation State: Antiliberal Performance or Biopolitical Protest?', forthcoming in M. Leezenberg, A.-M. Korte & M. v. Bruinessen (eds.), *Gestures: The Study of Religion as Practice* (Fordham University Press).

epistemological claims of Aristotelian logic, arguing that the latter may be formally correct, but says nothing about the real world, which consists of individual entities rather than the universals involved in scientific statements and logical arguments.

Whatever one thinks of these views (which bear some surprising similarities to the logical empiricist claim that logical truths are tautologies and say nothing about the world of empirical observation), the important point to keep in mind here is that Ibn Taymiyya's is a lengthy and patiently reasoned argument against the epistemological claims of his opponents, rather than a sweeping condemnation or rejection. Even the most radical of Medieval Muslim theologians, that is, is rather different, far more interesting, and incomparably more rationalist than appeals to his authority by self-proclaimed present-day followers would suggest.

In short, contrary to what many self-appointed Islam critics believe, there is such a thing as 'modern Islam,' which in crucial respects is qualitatively different from classical Islamic civilization. In fact, the present-day Islamic world has more in common with modern Europe than with classical Islamic civilization. Present-day politicized and revolutionary forms of Islam are thoroughly modern phenomena. Their roots lie in part in Western and Central European ideas that gained currency during the Enlightenment and Romanticism. They have also been shaped by modern nationalism, which defines the states in the contemporary Islamic world as much as in Europe, and as much as, or even more than, religion. Importantly, however, they have also been shaped by local dynamics, and by specifically Russian – and, later, Soviet – models. Above, Marxist-Leninist and Soviet influences on Baathism – and by extension on IS Islamism – have already been discussed. Likewise, the political strategies of terrorism, and more specifically, suicide terrorism, not only have a distinctly modern character, but arguably also have a genealogy that goes back to nineteenth-century Russian anarchism rather than to any premodern Islamic sources. In fact, classical Islamic political thought was decidedly anti-revolutionary in outlook: even as radical a thinker as Ibn Taymiyya approvingly quoted the traditional saying that 'sixty years of tyranny do less damage than one night without a ruler.'

In many respects, contemporary political Islam has stepped into the vacuum left by the sudden and rapid disappearance of communism as an anti-Western, or anti-liberal and anti-capitalist, ideology and technology of government; and in the case of many Arab countries, it has unquestionably been marked by decades of Marxist-Leninist influence both in the articulation of political ideologies as in the implementation of governmental practices. Often, these Marxist-Leninist roots of contemporary politicized Islam are completely overlooked, if not vocally denied, not only in public debate, but also in many academic discussions.¹³ In this respect, the opposition between the Islamic world as a domain of dogmatism, intolerance, violence, and religious obscurantism and the European thinking space as the sphere of Enlightenment, emancipation and progress, is rather less absolute than Manichean media reports, and even the self-presentations of some academic philosophers, would have us believe.

¹³ Thus, not only a philosopher like Habermas completely overlooks the twentieth-century history of the Islamic world and the crucial role played in it by communist actors and influences; also the anthropologist Talal Asad, currently one of the most influential authors to present a communitarian picture of Islam as a 'discursive tradition' in crucial respects different from, but by no means inferior to, Western secularized post-Enlightenment reason, systematically downplays the importance of Marxist-Leninist influences on the modern Arab Middle East.

„EUROPA UND DAS EUROPA DER KÜNSTE“

Durs Grünbein und Adam Soboczynski

Durs Grünbein

In seiner Antwort auf unsere Einladung zur Konferenz „Denkraum Europa“ wies Durs Grünbein auf seinen Text „Hinterm Deich“, da er zum Thema passen würde, deshalb sei er hier zitiert. Er beschreibt darin Johannes Vermeers Bild „Ansicht auf die Stadt Delft“, das im Den Haager Mouritshuis hängt: “(.....) Vermeer erschrickt. Am Backsteintor, zur Straße hin wächst jetzt ein Schatten. Regenschwer, dort hinterm Deich, was kommt, sagt ihm die Wolkenfront. Verschwinden wird, schon bald, im ganzen Stadtgebiet, was er am meisten liebt. Kein Tupfer mehr im Häusermeer - wo sich ein Korb, zitronengelb, ein grauer Kirchturm sonnt am Kai des Kolk, vor dem die Schute violette Furchen zieht.”

Kann Vermeers Seh-Erfahrung wohl als Symptom für einiges gelten, was wir heute in Europa zu erkennen glauben?

Er wolle keinen Vortrag halten, sondern ein Gespräch führen, schrieb Durs Grünbein, dazu fand sich Adam Soboczynski bereit.

Grünbein ist Dichter, Schriftsteller und selbst Philosoph im Mantel des Romanautors. Er wuchs in Hellerau bei Dresden auf, damals noch in der DDR, und studierte später Theaterwissenschaften in Berlin. Seinen Herkunftsorten widmete er 2005 zwei Bücher: „Porzellan, Poem vom Untergang meiner Stadt“ und 2015: „Die Jahre im Zoo“. Nach der Wende reiste er durch die Welt und blieb als Gast des German Departments an der New Yorker Universität und als Gast des Dartmouth College und der Villa Aurora in Los Angeles. Schliesslich kehrte er nach Berlin zurück und arbeitet im Wechsel in Rom als freier Schriftsteller. Seit zwölf Jahren lehrt er zusätzlich als Professor für Poetik im Wechsel an Akademien in Düsseldorf, Hamburg und Leipzig. Aber er studiert auch selbst: Seit einiger Zeit interessiert sich Durs Grünbein intensiv für Kunstgeschichte, Neurologie und Philosophie, worüber er vielfach publizierte. In einem seiner philosophischen Romane: „Vom Schnee oder Descartes in Deutschland,“ (2003) denkt sich Grünbein in ein Gespräch zwischen

dem Philosophen Descartes und seinem Diener, denn auch dieser Knecht sei an sich Philosoph. Schnee ist für beide ein Symptom für die Decke, die alles gleichmacht. Darunter aber sei alles bunt und verschieden, nur sähe es dann keiner. Heute wird Durs Grünbein selbst ein Gespräch führen. (Antje von Graevenitz)

Adam Soboczynski

Manche Menschen wünschen sich eine Begegnung mit Filmstars wie George Clooney. Ich hatte immer den geheimen Wunsch, einmal die Macher zu treffen, die für das Feuilleton der Zeitschrift DIE ZEIT verantwortlich sind. Deswegen freue ich mich besonders, dass Adam Soboczynski unser Gast ist. Gemeinsam mit Iris Radisch leitet er dort das Ressort. Ferner ist er Autor zahlreicher Bücher. Über Kleist schreibt er genauso geistreich und unterhaltsam wie über die Frage, warum polnische Putzfrauen den Gedanken der deutschen Leitkultur verkörpern, oder was es für die Gesellschaft bedeutet, wenn sich der schnodderige Hausmeister plötzlich Facilitymanager nennt.

Das Thema des folgenden Gesprächs ist „Das Europa der Künste“. Wird es darum gehen, was die europäische Kunst ausmacht (deren Förderung oder deren Inhalt)? Oder ob die europäische Kunst nur noch für die Elite zählt? Oder was Kunst in Zeiten des Populismus ausrichten kann? Wird es ein Streitgespräch oder ein Zwiegespräch? Lassen wir uns überraschen. (Bibiana Malay-Fuchs)

S. Ja, ganz herzlichen Dank für beide Einführungen. Ich habe einen Vorschlag von Durs Grünbein, dass wir dieses Gespräch unter das Motto: Europa und das Europa der Künste stellen.

Ich glaube, es ist kein Widerspruch, wenn wir mit dem Persönlichen anfangen, unserer Kindheit. Wir sind mit dem sog. Eisernen Vorhang aufgewachsen, und ich fragte mich schon immer, ob es Unterschiede gab. Wie war es damals in der DDR? Wurde Europa dort auch so emphatisch aufgenommen? Inwiefern war das eigentlich ein Begriff im Alltag oder in der Sozialisation?

DG. Ich bin 1962 geboren. Da stand die Mauer schon ein Jahr lang. Meine Eltern sind in dieser Falle hängengeblieben. Der Vater, Ingenieur, wollte eigentlich in West-Berlin weiterstudieren, und die Mutter, Chemielaborantin, war schwanger. Also blieb man in der

Nähe der Familie. Das elterliche Umfeld hat mich sehr bereichert, da es naturwissenschaftlich geprägt war. Aber man saß eben in der Falle. In diesem Tal der Ahnungslosen hörte man damals den Deutschlandfunk und die Gespräche über das, was Demokratie ist, und warum es in dem Land, in dem wir lebten, anders aussah. Damit war aber auch klar, dass ich – irgendwann – einmal wegmüsste, und das gar nicht primär aus politischer Unzufriedenheit, sondern als angehender Künstler, der sich im Ausland weiter ausbilden will: durch Besuche von Ausstellungen, Museen und vor allem Theatern. Das habe ich später dann auch intensiv betrieben. Zunächst aber bin ich aus dem Studium ausgestiegen und habe einen Ausreiseantrag gestellt. Das geschah nicht so lange vor der Wende, so dass ich eigentlich erst im Zuge dieser Wende in das andere Europa kommen konnte. Doch war von Europa damals noch wenig die Rede. Das war eher eine Chimäre. Ich weiss noch heute, wie mich zunächst einmal die unmittelbaren osteuropäischen Nachbarländer angezogen haben. Wenn man im Osten aufwuchs, war man ziemlich schnell in Prag, meiner ersten Sehnsuchtsstadt: Sie sah so ganz anders aus, auch die Antiquariate waren anders, und man traf auf einen anderen Menschenschlag. Doch kam bald, im Dezember 1981, der Kriegszustand über das Land: für mich die erste Erfahrung einer Abriegelung, denn beim Einmarsch in die CSSR 1968 war ich für eine solche Wahrnehmung noch zu jung gewesen. Natürlich. Die neue Doktrin der Sowjetpolitik gegenüber Polen war nicht zu übersehen, und umgehend schloß sich auch die DDR an. In dieser Zeit war ich bei der NVA, der Nationalen Volksarmee, leistete meinen Wehrdienst ab. Das war die nächste Lektion, und ich wußte: Ich muss hier raus. Allerdings hatte ich ja auch einen Eid geleistet, und deswegen wäre ich nie getürmt.

S. Die Grenze der DDR war ja nicht nur nach Westen geschlossen, sondern auch zum Osten hin.

DG. Genau, zu Polen, was ja besonders grotesk war: noch mehr Klaustrophobie! Übrigens war es gar nicht so leicht, in die anderen osteuropäischen Länder zu reisen. Nehmen wir Russland. Russland habe ich eigentlich erst nach der Wende kennengelernt. Davor hätte man einen Besuch bei Intourist buchen müssen, aber von dieser

Einrichtung wurden vor allem Gruppenreisen organisiert. Man hätte auch das erwägen können, aber ‚Europa‘ – das gab es für mich nicht. Nur eine Osteuropa-Idee, und die hieß: sozialistische Bruderländer.

S. Man sprach nicht vom Osten. Man dachte ja nicht an einen Kontinent oder eine westliche Konstitution, die sich in diesem Land verwirklicht hat, sondern eher an so etwas wie den Westen.

DG. Im Osten träumte man über den ‚Atlantik‘.

S. Das war wieder ein anderer Ansatz. Du hast ja auch ein Buch „Jahre im Zoo“ geschrieben, ein Erinnerungsbuch, das sich mit der Region auseinandersetzt, die natürlich schon damals in einem ganz anderen Fokus stand. Insofern ist dort eine starke Familiengemeinde, eine berüchtigt nationalistische, wie man es heute auf den Demonstrationen in Dresden erleben kann, die über die Grenzen hinaus berühmt geworden sind. Dazu habe ich eine ganz banale Frage: Woher kommt das und was ist das?

DG. Diese Frage nach einer Diagnose muss ich schon seit einiger Zeit immer wieder beantworten. Mein Buch dreht sich aber gar nicht so sehr um die Stadt Dresden, sondern um eine kleine Gartenstadt im Norden der Stadt, um Hellerau, entstanden 1909 als Reformsiedlung. Sie war in diesem Sinne absolut modern, eben ein europäischer Ort. Das ist es, was mich im Nachhinein daran fasziniert hat. Obwohl es sich nur um einen kleinen Ort handelte, gingen dort Leute wie Kafka oder Shaw ein und aus, bis es 1914 mit Kriegsbeginn damit vorbei war. Davon hat sich Hellerau zumindest als kultureller Ort nie wieder erholt. Zu seiner großen Zeit aber war Hellerau eine ‚konkrete Utopie‘. Solche Siedlungen gab es zwar an mehreren Orten in Europa, aber Hellerau war ein besonderer, mustergültiger Fall im Gegensatz zur Stadt Dresden, zum Zentrum, meinem Ausgangspunkt: dieser Barockstadt, von der man immer wieder behaupten hörte, sie sei eine der schönsten italienischen Städte nördlich der Alpen gewesen. Diese Geburt Augustus des Starcken, diese Italianità mit ihrer südlichen Ausrichtung, auch als politische Bühne z. B. gegenüber Preußen. Diese Barockperle zog

noch im 20. Jahrhundert viele Reisende an. Es war ein Edelstein, der – so empfand es auch Adolf Hitler – einer ganz besonderen Fassung bedurfte, und zwar aus seiner Sicht einer nationalsozialistischen. Dafür konnte er, in Dresden wie überhaupt in Sachsen, auf eine damals starke braune Anhängerschaft rechnen.

Es liegt nahe, die jüngsten Erscheinungen damit in Verbindung zu bringen, aber das trifft es nicht. Ich würde sagen, es hat heute in dieser Ecke Deutschlands viel zu tun mit Kulturkonservatismus. Der war, wenngleich immer ein bisschen überzogen, doch gewissermaßen erträglich. Sie haben auch mit der totalen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg zu tun, weil dadurch eine Art Phantomschmerz entstanden war – umso mehr, als die Leute in der Sehnsucht lebten, Dresden wiedererschaffen zu wollen. Das erklärt den eben doch ziemlich rapiden, geradezu brachialen Wiederaufbau der Frauenkirche. Man kann diesen besonderen Lokalpatriotismus auch positiv sehen. Er ist dort stärker ausgeprägt als in ähnlich zerstörten deutschen Städten.

Nun machte man es aber in Dresden anders: Zunächst ist Dresden vor allem die Bühne für rechte Demonstrationen geworden. Ein paar Einheimische und wir rätseln darüber, warum es die Stadtoberen nie schaffen, die Demonstrationen auf die grüne Wiese hinauszudrängen. Nun gut, wir haben ein Demonstrationsrecht, das kompliziert die Sache. Mittlerweile haben sich die Demonstrationen eingebürgert, und deshalb zieht die Stadt Demonstrationstouristen an aus allen Teilen Europas. Aus Holland ist Geert Wilders angereist und aufgetreten. Außerdem finden dort Treffen von AfD und Pegida statt. Ich habe lange gerätselt, ob diese verschiedenen Richtungen zusammenfinden würden. Neuerdings gab es solche gemeinsamen Zusammenkünfte auf dem Altmarkt. Dort hielt dieser Herr Höcke aus der jungen AfD eine Rede. In Dresden wurde gar nicht überdurchschnittlich rechts gewählt, doch gab es bereits nach der Wende eine massive CDU-Ausrichtung. Die SPD hatte dort keine Chance, und die Grünen auch nicht so recht. Vielleicht muss man die lokale Form der CDU etwas näher betrachten: Sie legte eine gewisse Duldung gegenüber rechten Bewegungen an den Tag, die es überhaupt erst ermöglicht hat, dass sich das rechte Lager so hat einnisten können. Inzwischen ist der Ruf der Stadt versaut! Es gibt Publikationen, die zwischen den politischen Grundeinstel-

lungen und Bewegungen einen Zusammenhang herstellen wollen. Das Hannah Arendt-Institut etwa betreibt dazu seine Forschungen. Und es gibt Feldstudien, in denen die Mentalität der Bevölkerung untersucht wird...

S. Ja, - von dem Politologen Franz Walter, der ein Psychogramm der Pegida-Anhänger erstellte.

DG. Es ist die Stadt der Rechten geworden.

S. Die Proteste sind nicht allein ein Dresdner Phänomen, aber es ist auch ein mittel- und osteuropäisches Phänomen, glaube ich zumindest. Es kamen ja auch die dementsprechenden Sprüche: „Wir sind das Volk!“ Also im Prinzip begreifen sie sich als demokratische Bewegung, die gegen die Obrigkeit auf die Strasse geht, die sich mutig, sozusagen demokratisch, gewissermassen gegen die EU, gegen die europäische Integration, also insgesamt gegen ganz bestimmte Integrationsströme richtet. Ich überlegte, ob viele in Dresden das Gefühl hätten, dass etwas über unsere Köpfe hinweg bestimmt würde wie bereits vor 1989, und deshalb erklärten: „Wir kämpfen gegen einen Internationalismus an“, den sie damals schon nicht akzeptieren wollten. So könnte man dies als Konstante gegen die sozialistische Doktrin betrachten und gegen das, was heute an EU-Apparat und Globalisierungseffekten zu besichtigen ist.

DG. Ja, das ist so eine gängige Gleichung. Aber für mich stellt das nur eine Facette dar. Bei mehreren Besuchen ist mir auch aufgefallen, wie heterogen diese Menge ist. Man sieht es an den Plakaten, man hört es an den Redebeiträgen, erkennt es an der Themenmischung. Natürlich sind sowohl der Anti-Islamismus fester Bestandteil jeder Veranstaltung als auch eine gewisse regressive Sehnsucht nach der Nation. Dann ist noch ein weiterer, giftiger Anteil im Cocktail, der seine Berechtigung aus diesem an sich wichtigen Gedenken an den 13. Februar 1945 der Zerstörung Dresdens zieht – ein gewissermaßen gefühlsrevisionistischer Ansatz. Den halte ich für besonders perfide, weil wir im Sinne der historischen Aufklärung bereits viel weiter gekommen sind. Es handelt sich bei den Sympathisanten ja teilweise um Leute meines Alters – oder jünger.

Die haben noch zu DDR-Zeiten die Schule besucht, und ich erinnere mich gut daran, was wir gelernt haben: eben nicht das. Aber über alles erhebt sich diese Urangst, die Furcht vor der Globalisierung. Das ist so ein dumpfes Gefühl. Es betrifft alle hier in Europa, dass Prozesse in Gang gesetzt wurden, die wie Naturgewalten über uns kommen, die wir nicht steuern und die wahrscheinlich auch Brüssel gar nicht steuert. Wohl geht es in Deutschland sozial fast allen Menschen viel besser als in Zeiten wirklicher Kriege, und es handelt sich um eine Nation, in der sozial doch einigermaßen Ruhe und Ausgleich herrschen. Gerade hierzulande aber, in Dresden und Sachsen, wird die Angst besonders inszeniert. Eigentlich versteht man das nicht, wenn man Städte wie Duisburg kennt, oder andere Städte, wo tatsächlich die kulturell Anderen noch viel zahlreicher und fremder sind. Dort reagiert man viel gelassener. Ebenso im Rheinland. Man merkt sich deshalb besonders Dresden. Zu einem einfachen Schluss kommt man nicht. Was hat das alles nun mit der Europa-Idee zu tun? Warum hat Europa gerade da so schlechte Karten? Das ist die Grundfrage.

S. Ja, eine Grundfrage. Europa – ist das nicht in Wahrheit ein Elitephänomen? Betrifft es, wenn man die Künste jetzt ernst nimmt, nicht vor allem die Leute, die von Tagung zu Tagung reisen, die heute hier sitzen und morgen in Rom sind, übermorgen in (Gelächter im Publikum) Madrid auf irgendeinem Podium sitzen, vielleicht hier ein Kunstprojekt haben, oder dort – dann fährt man vielleicht ein paar Wochen später nach Granada und hat dort den Roman fertig? Überall gibt es Institutionen, die einen unterstützen. Manchen geht es auch nicht gut dabei, aber immerhin. Es gibt eine Reihe Fonds, die solche Dinge unterstützen. Oder es gibt diese Blase, in der wir leben, in der wir hinter Journalisten herlaufen, in dieser, könnte man sagen, sich selbst reproduzierenden Elite.

DG. Dem frustrierten Publikum muss es so erscheinen, dass es da offensichtlich eine abgehobene Schicht von Leuten gibt, die von Journalisten hofiert werden. Die Kulturschaffenden gehören dazu.

S. Es ging um die kulturelle Elite und die einfachen Leute-

DG. Es ging um die Bodenständigen, die während der meisten Zeit ihres Lebens an einen Ort gebunden sind und all das als Jet-set-Geschehen, als Vielflieger-Veranstaltungen und elitäres Kulturgeschwätz begreifen. Es ist mir aufgefallen, dass da ein Konflikt entstanden ist. Ob sich dieser Konflikt noch verschärfen wird, weiss ich nicht, aber man hört böse Stimmen. Sie haben es ausgesprochen: Quer durch Europa existiert ein System der Subvention. Man will das Beste, die Qualifiziertesten fördern. Für unsereinen ist es die natürliche Lebensform geworden. Zu meiner Verteidigung muss ich allerdings hinzufügen: Ich habe ein solches Leben nie gesucht. Gerade habe ich mich wieder mit einem Dichter des 20. Jahrhunderts beschäftigt, der dann allerdings eine unrühmliche Rolle gespielt hat: mit Ezra Pound, damals eine Schlüsselfigur der amerikanischen modernen Dichtung. Pound geht als junger Mann nach Europa, zunächst nach Venedig, dann aber auch nach Frankreich. Bald ist er überall zu finden. Ich würde ihn als typischen Europadandy dieser Zeit betrachten, mit wenig Geld übrigens, ein Lebenskünstler. Es ging ihm darum, an diesen Orten der Kultur anwesend zu sein, dort wirksam zu werden, sie zu beeinflussen. Eine ähnliche Figur, die uns Deutschen näher liegt, wäre Rilke. Wir wissen, dass diese Leute nun einmal und immer Mäzene brauchten. Zu Rilkes Zeit gab es unsere heutigen Subventionsprogramme noch nicht. Er musste auf Schlösser eingeladen und ausgehalten werden. Aber entscheidend war die Lebensform dieser Männer als Künstler, die sie, häufig unter Entbehrungen, angestrebt haben. Das waren keine Karrieren im heutigen Sinne, und bei nicht wenigen hat diese Existenzform auch ins Scheitern geführt. Aber sie entsprach einem inneren Drang, einem schöpferischen Trieb. Mit diesem Argument würde auch ich mich immer verteidigen, obwohl ich aus der eigenen Familie weiß, wie das ist, wenn man an der Scholle, am Haus, am eigenen Grundstück klebt und es nicht aufgeben und verlassen will. Schreckgespenst Entwurzelung! In Dresden kenne ich jetzt etliche Familien, durch die ein Riß geht bis zur Unversöhnlichkeit. Es geht sozusagen ans Eingemachte, oft ein dramatischer Prozeß, der die familiäre Substanz und Identität untergräbt und zerstört. Beunruhigend wie so viele Prozesse, die derzeit zu beobachten sind.

Neulich wurde darüber diskutiert, wie der AfD-Wahlkampf oder die AfD-Argumentationslogik funktioniert. Zunächst ist da eine

Provokation – so steht es gewissermaßen in ihren Strategie-Papieren. Pegida wiederum, scheint mir, ist der klassische Fall einer Störbewegung, sie ist so unkonstruktiv. Als Störbewegung hat sie etwas Situationistisches. Früher waren es übrigens Linke, die erklärten: „Wenn wir nicht weiter wissen, was wir verbessern können, kann man immerhin stören, permanent ein Stachel im Fleisch sein.“ Viele dieser Gesprächsangebote, die bekanntlich auch ausgeschlagen wurden, halte ich für sinnlos. Man kann sich nicht über etwas verständigen, was keinen konstruktiven Wert ergibt. Der anderen Seite geht es tatsächlich nur ums Stören. Und darum, das Mikrophon auch einmal an sich zu reißen.

S. Ich wollte noch auf etwas anderes zu sprechen kommen, weil wir auch über das Europa der Künste sprechen. Ihr Aufenthalt in Rom, hängt der auch mit den Künsten zusammen? Und was hat das auch mit Gesprächen mit Künstlern zu tun? Haben Sie aus diesen Gesprächen Dinge erfahren, die Sie, wenn Sie in Deutschland geblieben wären, nicht mitbekommen hätten?

DG. Wir sind für ein ganzes Jahr für das Stipendium der Villa Massimo nach Italien gezogen. Danach haben wir beschlossen, auf unbestimmte Zeit in Rom weiterzuleben – auch mit den Kindern. Aber es stellte sich heraus: Alles sehr kompliziert, und gefördert wird es, nebenbei bemerkt, auch nicht. (Lacht.) Es ist schwierig, Europäer zu sein und als solcher zu leben, indem man nicht bei seiner Familie ist, indem man sich dreimal im Monat an den sogenannten Hotspots einfindet, und das alles auf eigene Faust. Es hat fast schon etwas Heroisches und geht auch immer mit Verlusten einher. In unserem Falle sollten es, aus persönlichen Gründen, Rom sein und Italien, und daraus ergab sich durchaus ein gewisses Maß beruflicher Arbeit. Manchem mag diese Fixation auf Italien etwas antizyklisch erscheinen: Als moderner Künstler geht man eher nach New York oder vielleicht nach London. Aber für uns war seit jeher der Süden von besonderer Anziehungskraft, Italien, die Mittelmeerkultur. Hinweise, Diskurse, die in diese Richtung zeigten, haben mich immer interessiert: So hat ja Sarkozy eine Union der Mittelmeerländer vorgeschlagen, ein gar nicht so neuer Gedanke. Schon in den dreißiger Jahren brachten Dichter wie Paul Valéry und Gott-

fried Benn solche Gedankengänge auf. Aber es blieb folgenlos, eröffnete keine Tradition. Für mich aber liegt der Gedanke ganz nahe: Es würde zu einer anderen Form Europas führen, das mit mehreren Geschwindigkeiten auf ein gemeinsames Ziel zusteuert. Auch der Regionalismus hat in diesem Rahmen meine Sympathie: Die südeuropäischen Länder entlang des Mittelmeeres haben ganz andere Probleme, sind sozial auch anders strukturiert als wir hier im Norden. Ihre Arbeitsproduktivität ist nicht die unsere, kann es nicht sein. Ich habe begriffen, wie sich dieser ganze Migrationsprozess aus Afrika und aus dem Vorderen Orient aus italienischer Sicht darstellt. Aus unmittelbarer Erfahrung begreift man, was dieses Land vor Ort Heroisches geleistet hat und leistet, während sich der Rest Europas eher verhärtet. Die Kastanien aus dem Feuer holen, mussten immer die Italiener. Zivilgesellschaftlich betrachtet, ist das, was da passiert, sogar ein gutes Zeichen. Interessanterweise verschwanden im September 2015, als in Deutschland die Grenze geöffnet wurde, ganz viele der Immigranten aus den italienischen Städten. Hatte ihnen der italienische Staat noch ein Taschengeld zugesteckt, damit sie sich auf den Weg nach Norden machten? Aber jetzt sind sie wieder da. (Lacht.) Es war eine punktuelle Maßnahme, löste aber nicht die Probleme.

Ich habe an Perspektiven und Verständnis für diese andere, südeuropäische Kultur gewonnen, nicht zuletzt, weil mich die Literatur stark anzieht. Umgekehrt entwickelt sich dort auch ein landesweites Interesse an Germanistik. Ich erlebe großartige Veranstaltungen, Festivals aller Art, die eine besondere Liebe zur Poesie bezeugen. Das spricht mich persönlich sehr an, ja, es ist der allerpersönlichste Aspekt, unter dem ich die Entwicklungen betrachte.

Eine Sache, die mich auf Grund meiner Reisen quer durch Europa bei genauerer Kenntnis der jeweiligen Kultur beschäftigt, ist die Frage, warum wir es bisher nicht geschafft haben, einen gemeinsamen medialen Überbau zu schaffen. Mir fällt tatsächlich vor Ort immer wieder auf, dass jede mediale Perspektive stets nur national bestimmt ist. Es bedeutet dies, dass die eigene Sicht fortwährend durch das ganze Prisma der alten eigenen Kultur gebrochen wird. Wie schauen die Italiener darauf? Wie Frau Merkel und umgekehrt? Was sagen die Polen zu Putin usw.? Anscheinend gibt es in Europa kein wirkliches Interesse daran, einen gemeinsamen Me-

dienpool zu schaffen. Ich meine damit nicht so eine Goodwill-Geschichte, so eine Art europäische Deutsche Welle oder ähnlichen Unsinn, sondern tatsächlich Organe, die dann auch mit Interesse in diesen europäischen Ländern gelesen oder wahrgenommen werden. Es könnte ein Fernsehkanal sein, der die verengten nationalen Sichtweisen aufbricht und zeigt, dass wir aufeinander angewiesen sind und uns füreinander interessieren sollten.

S. Ja, womit hängt das zusammen? Dass keine europäische Öffentlichkeit vorhanden ist in der Breite, obwohl sie demokratisch strukturiert ist. Die meisten demokratischen Prozesse verlaufen alle eigentlich über die Nationalstaaten und werden dann erst in Europa vermittelt. Das ist natürlich der erste Grund. Der zweite ist schlichter, banaler: Es liegt an der Sprache, nicht wahr? Wir müssten vor allen Dingen ein Organ haben, das vor allem aus Übersetzern besteht. Die Franzosen haben viel mehr Übersetzer. Das liesse sich alles organisieren und auf den Weg bringen.

DG. Es gab ja auch Versuche von der linken Seite – nehmen Sie nur die TAZ –, mit Partner-Zeitungen ins Gespräch zu kommen. Es zeigt sich, dass dann gewisse Debatten anders verlaufen.

Damit bin ich beim nächsten Thema. Was wir hier so erleben, ist die Hegemonie gewisser Diskurse, die einem dann über Wochen und Monate nicht mehr aus dem Kopf gehen. Man könnte sie auch in andere Richtungen lenken. Die Medien bleiben aber alle auf derselben Spur. Nehmen wir das ständig wieder auf- und abgegriffene Thema des Islam: Auch da gäbe es mögliche Perspektivenwechsel. Ein Stichwort für eine fruchtbar neue Betrachtungsweise, die aus Frankreich kommt, weil es dort erstmals Literatur dazu gibt, wäre ‚Islam und Psychoanalyse‘. Darüber fehlt ein grosser Diskurs. Allzu schnell reden wir immer wieder über Religion. Wie ich gerade in einem Vortrag gehört habe, gibt es teilweise Ad-hoc-Konvertiten, die in Wirklichkeit längst ein säkulares Leben geführt haben. An dieses Phänomen könnte man doch mit der Fragestellung herangehen: Was heisst das psychoanalytisch? Oder anders gefragt: Um wen handelt es sich bei solchen Konvertiten eigentlich aus der Sicht avancierter psychologischer Theorie? Eine derartige Diskussion findet in der islamischen Welt aber nicht statt – wohl weil sie auf ei-

nem zunächst jüdischen Diskurs aufsetzen würde, der als solcher erst einmal verdrängt wurde. Aber vielleicht richtet sich da manches langsam auf, vor allem in den europäischen Ländern, dort, wo Muslime bereits in der dritten Generation leben. Das wäre ein Prozess, der durch die Medien gestützt werden könnte. Ich wünschte mir viel mehr solcher Betrachtungen anstelle eines weiteren Spezials über Salafismus.

S. Ich verstehe Ihr Problem, was die Medien angeht. Das Problem ist natürlich in erster Instanz, dass es DIE Medien nicht gibt. Es gibt natürlich bei jedem Medium ökonomische Interessen. Der Fall von dem Medium DIE ZEIT zeigt: Gibt es europäisch dafür einen Markt? So ja, nutze ich den sofort. In dem Moment, wo mir das zu aufwendig erscheint, lasse ich das. Es gibt auch im Netz unzählige Projekte, beispielsweise eine Netz-Zeitung, die in unzählige Sprachen übersetzt wird. Aber es ist ein Nischenprogramm.

Wir wollen uns eigentlich die ganze Zeit von dem gegebenen nationalen Bezugsrahmen absetzen, wir wollen sagen, es wäre doch jetzt an der Zeit, mit der heutigen Situation in Europa einfach aufzuhören und alles einzustampfen, weil sich dieses Europa der Nationalstaaten längst überlebt hat, und es wäre doch an der Zeit, sich nicht so sehr auf die Regionalisten, sondern sich auf so etwas wie eine europäische Republik gründen. Wäre das wünschenswert, den nationalen Bezugsrahmen aufzugeben?

DG. Nun, die Förderung der Regionalkultur, wie man so schön sagt, ein Europa der Regionen, ist ein Wert an sich. Ich bleibe bei meinem Beispiel Italien. Der durchschnittliche Italiener ist nicht nach Nord-Süd ausgerichtet, sondern nach Ost-West. Wenn wir westlich vom Appenin wohnen, dann sind wir eher dem Tyrrhenischen Meer zugewandt. Auf der östlichen Seite eher dem Adriatischen Meer. Die Leute kommen manchmal ein ganzes Leben lang nicht an die andere Küste, so nahe die auch ist. Es gibt eine regionale Verwurzelung, die sich auch in der Küche, in den Dialekten und den verschiedenen Kleinindustrien zeigt. Das alles muss dringend gefördert werden, weil diese Eigenheiten durch die Globalisierung ausradiert werden könnten. Das wiederum müsste dazu führen, dass immer mehr Menschen entwurzelt würden. Ich würde das

sehr bedauern. Ich bedaure überhaupt jede Vernichtung innerhalb der kulturellen DNA. Um jedes Genom, das dort ausfällt, ist es schade. Der Reichtum solcher Mittelmeerkulturen beruht nun einmal auf dem ausgeprägten Regionalismus. Man könnte die Regionalismen unter Naturschutz stellen, überlegen, welche Bereiche die EU massiver fördern sollte. Für den Außenstehenden hat es allerdings den Anschein, daß daran kein wirkliches Interesse besteht. Ja, man setzt massive Fördermittel ein, aber den offiziellen Verlautbarungen nach zeigt sich kein wirklich emphatisches Verhältnis zu dieser Form der Politik.

Eher gilt das rhetorische Interesse der Politik dem Begriff der Integration. Ein merkwürdiges Wort. Was soll nicht alles integriert werden und am Ende ein Gebilde ergeben mit allen Eigenschaften eines technoiden Produkts! Es müßte überzeugende, leidenschaftliche Werbung für Europa gemacht werden mit realen und triftigen Zielen. Die Feiertagssprüche und großen Europareden werden es nicht richten können. Die kommen bald nicht mehr an, verhallen im Nirgendwo.

S. Wünschenswert wäre eine grundlegende Veränderung an diesem seltsamen Gebilde. Ich wollte auf die politischen Aspekte noch zu sprechen kommen, nämlich auf das Buch von Jason Brannon mit dem Titel „Gegen Demokratie“, das 2017 erschienen ist. Er behauptet, dass das europäische Problem vor allem ein Demokratie-Problem wird. Vor dem Hintergrund dieser Populisten, die hier aufziehen, hat man auch den fundamentalen Bildungsmangel beklagt, der das europäische Projekt, oder auch demokratisches Projekt, weitgehend verhindere und dass es dadurch Partizipationsprobleme gäbe. Verstehen Sie, worauf ich hinaus will?

DG. Ja. (Lacht.) Stichwort Brexit – ja oder nein –, das ist eine schwierige Frage. Ich glaube nicht, dass wir hier wie in anderen Fällen wirklich von Volksentscheiden sprechen können. Ich sage nicht, dass die Ergebnisse manipuliert wurden, aber ich behaupte, dass es an realer Aufklärung über die Folgen, die Praxisfolgen, gefehlt hat. Viele haben das erst im Nachhinein gemerkt. Wir könnten es ja fürs erste ganz kühl, sozusagen technokratisch angehen und den Brexit als lehrreiches Experiment betrachten: Was passiert, wenn so eine alte ein-

zelle Nation sich wieder abspaltet und eher auf Autarkie setzt? Ich glaube, dass das in einem globalisierten Zeitalter nicht funktionieren wird. Ich habe lange vor dem Brexit gesagt: Wenn die Engländer wegdriften, werden sie notwendigerweise mehr nach Amerika hindriften. Das ist völlig logisch, und es passiert ja auch. Mittlerweile hat Trump sogar schon Angst, dass ihm die Briten die Arbeitsplätze wegnehmen. Also taugt der Brexit aus amerikanischer Sicht dann doch weniger als die europäische Integration. Wir stoßen immer wieder auf diese vielen Widersprüche. Aus ungarischer Sicht etwa halte ich das Experiment eines Ausstiegs für nicht geboten. Dabei weiß ich gar nicht genau, warum nicht. Einige weisen darauf hin, daß die Ungarn aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer in Europa seltenen Sprachfamilie zu sehr isoliert wären. Warum aber ist ausgerechnet in Ungarn so ein anti-europäischer Neo-Nationalismus spürbar? Er hat dort seinen Wortführer gefunden. In Polen ist es wieder etwas anders. Der Nationalismus besitzt viele Gesichter. Sofern damit eine kulturelle Selbstbedienung verbunden ist, hat er, finde ich, sogar positive Züge. Sie werden mich nicht so weit bewegen, dass ich dazu einen verbindlichen wertenden Satz sage. Nur soviel: Es gibt eine fruchtbare dialektische Spannung zwischen solch einer kulturellen Identitätssuche und der gleichzeitigen Sehnsucht nach Welt und Weltkultur.

S. Um nun direkt auf die Künste zu sprechen zu kommen, weil ich für DIE ZEIT arbeite: Wir haben dort einen Aspekt hineingeholt, der auf Unverständnis gestossen ist. Er legt einen Kanon der europäischen Literatur des 20. Jahrhunderts vor, „the best of“ in allen Jahrzehnten. Das Unverständnis bezog sich auf das Problem: Wo könne man eigentlich Grenzen ziehen, weder richtig national, noch europäisch, noch international? Komischerweise ergab es sich, dass die vielen Romane, die ich gelesen habe, so etwas wie einen Identitätskanon hatten. Es überraschte mich, dass mir beispielsweise spanische Romane, obwohl ich kein Spanisch kann, näher lagen als sagen wir mal Romane, die in Los Angeles spielen.

DG. Weil das keine Stadt mehr ist.

S. Und weil mir ganz bestimmte Verhaltens-Code näher liegen. Würden Sie sagen, dass es so etwas gibt wie eine europäische Kunst

oder eine europäische Literatur? Ist so etwas möglich in einem Europa der Künste, wenn man Europa nicht nur mathematisch erfassen müsste?

DG. Bis eben dachte ich noch, ja, durchaus, wenn es denn eine Matrix gibt. Sie beruht auf dem Fundament der antiken Kultur. Sodann gibt es die Höhen der christlichen Kultur, aus der ebenso wie aus der philosophischen Tradition die Aufklärung entstanden ist. Alle diese europäischen Strömungen sind zu einer, weitgehend auch europäisch bestimmten, Moderne zusammengeflossen. Diese aber ist in Euphemismus verfallen und in die grossen totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts abgeglitten, auf deren Trümmern wir dann gross geworden sind. Das ist in der Tat unsere Erbschaft, unser Fundament. Die kann man nicht verleugnen oder wegreden. Die kann man sich nur immer wieder aneignen. Ein Fluchtpunkt war einmal das Projekt ‚Amerika‘, das Siedlerprojekt europäischer Auswanderer. Aber einen solchen Fluchtpunkt haben wir nicht mehr. Vielleicht existieren noch andere metaphysische Fluchtmöglichkeiten. Wenn wir über eine Lebenskultur reden, dann ist das etwas, mit dem wir uns immer weiter auseinandersetzen müssen. Daher bedauere ich so etwas wie die sogenannte Bildungsdebatte durchaus, bedauere, dass der Traditionszusammenhang, den ich eben skizziert habe, nicht mehr richtig vermittelt wird, dass er auf Grund der demographischen Wende in der Bildungspolitik einfach abgeschnitten wird. Ich lehne also die Auffassung ab: „Dieser alte Kram, der macht uns nicht mehr fit für die Anforderungen der Zukunft!“ Ich möchte hier nicht mit Plattitüden aufwarten wie: Es gibt keine Zukunft ohne Herkunft. Aber ich erkenne an dieser Stelle vor allem Defizite, und die führen genau dazu, dass wir hier und da, was politische Debatten betrifft, in Teilen eine unmündige Bevölkerung vor uns sehen. Aus dieser Überlegung heraus ist es dann allerdings nur noch ein Schritt zu einer Frage wie: „Ja, dürfen denn alle gleichberechtigt wählen, wenn sie überhaupt nicht im gleichen Maße aufgeklärt sind und gar nicht wissen, was sie mit ihrer Stimme anrichten? Wenn sie dadurch möglicherweise sogar unsere eigene Lebensform zerstören?“ Das sind schwerwiegende Überlegungen. Spätestens an diesem Punkt möchte ich darauf dringen, dass die Eliten im guten Sinne aufpassen. Ich beschäftige mich ja ganz gern

mit solch extremen Denkansätzen. Aber wenn man in den letzten Jahren Konferenzen zu solchen Themen verfolgt hat und wenn man Anthologien neueren Datums liest, dann stellt man fest, wie sich etwa in der politischen Debatte ein besonderes Stichwort herauschält: das der ‚Regression‘. Dazu ist vor kurzem in der edition suhrkamp die Aufsatzsammlung ‚Die grosse Regression. Eine internationale Debatte‘ erschienen. Und jetzt möchte ich den erleben, den Gelehrten, der in den gegenwärtigen Zuständen etwas anderes sehen würde als Regression. Auch ich kann sie nur als Regression begreifen. Es geschieht ein Zurückrudern, weg von Positionen, die wir längst besetzt hatten. Ein Zurückkippen in atavistische Zustände. Ein Verlust an tatsächlicher, taktvoller Debattenkultur. Mir fällt in den letzten Monaten auf, wie der Ton auf der Gelehrtenebene allmählich aggressiver wird, beispielsweise in der Zeitschrift „Tumult“. Dieses berühmte linke Organ hat nun eine Rechtsdrift. Einzelne Namen emeritierter Professoren wären hier zu nennen, die sich plötzlich aus tiefster Besorgnis ultrakonservativen Werten zuwenden und eine aggressive Form der Regierungskritik betreiben. Das geschieht keineswegs nur auf der Straße, sondern wird auch aus sehr gelehrten Zirkeln heraus vorgebracht – mit einer Schärfe, die mich völlig irritiert. Was fangen wir damit an?

S. Ja, was fangen wir damit an? (Nun wird das Publikum einbezogen.)

DIE ZUKUNFT EUROPAS: DAS ENDE DER EUROPÄISCHEN FRIEDENSERZÄHLUNG UND DIE NEUBEGRÜNDUNG EUROPAS

Ulrike Guérot

Gäbe es heute eine Jeanne d'Arc im ritterlichen Streit gegen die Nationalstaaten und für eine Republik Europa, ohne auf den Scheiterhaufen steigen zu müssen, - Ulrike Guérot würde sicherlich die Ehre gebühren, in ihre Fusstapfen zu steigen. Gerade erschien ihre Streitschrift „Der Neue Bürgerkrieg“, die mit den Sätzen endet, die Aufgabe sei: „die Reparatur des politischen Maschinenraums Europa.“ Dazu sei nötig: „Also nicht etwa nur Denkraum, denken genügt nicht, wir brauchen also ein neues System, ziehen wir den Overall über und packen wir es an.“ Und sie führt fort: „Europa braucht ein klares Ziel, eine Richtung, eine Perspektive, eine emanzipatorische Agenda und eine konkrete Idee von sich selbst.“ Die Losung für die Lösung sei: „Es lebe die Europäische Republik!“ Wie sähe die aus? Ulrike Guérot hat das European Democracy Lab (EDL) gegründet, das sie auch leitet, womit sie für Gleichheit in Europa und einen echten europäischen Parlamentarismus eintritt. Ihre politische Energie trug sie auf Positionen in Bonn, Paris, Brüssel und Washington. Schliesslich eröffnete sie in Berlin das Office of the European Council on Foreign Relations (ECFR), für das sie als Direktorin das Programm „Germany in Europe“ entwarf und in zwei Büchern erläuterte. Ihre Überzeugungen führten 2013 dazu, gemeinsam mit Robert Menasse das „Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik“ vorzustellen. Erstmals trug sie 2015 ihre Vision der Europäischen Republik in Berlin auf der Konferenz der re publica vor. Diese Rede lässt sich auf Youtube verfolgen. Heute lehrt sie an der Donauuniversität in Krems. Zum Bestseller wurde 2016 ihr Buch „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie“ (auf Englisch: „Why Europe needs to become a Republic“), dessen Thesen erneut zur Sprache kommen und zur Diskussion stehen werden. (Antje von Graevenitz)

Die EU ist in ihrer größten Legitimitätskrise seit Gedenken, und ihre Zukunft, ihr sprichwörtliches Überleben, zumindest in be-

kanter Manier, steht zur Debatte, jetzt wo der Brexit beschlossen ist und eine nicht vorherzusehende Eigendynamik entwickeln könnte. Ob sich die EU unter durch die systemische Verfestigung von rechtspopulistischen Parteien in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten erschwerten politischen Bedingungen noch reformieren, das Vertrauen der europäischen Bürger wiedergewinnen – der Zuspruch zur EU ist unter die 50%-Marke gefallen¹ - oder wieder, z.B. in Form von Wachstum und Zukunftspolitiken, einen *output* generieren kann, der sichtbar bei den Bürgern ankommt, muss bezweifelt werden. Ob überhaupt die überfällige Fortentwicklung der EU und ihrer Institutionen von einem ‚offiziellen‘ Impuls ausgehen wird – oder eher die inzwischen beträchtliche Dynamik der allsonntäglichen Demonstrationen von #pulseofeuropa eine politische Veränderung durch Druck auf nationale Politiker auslösen kann und wird, ist die zweite Frage.

Immerhin hat die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker Anfang März fünf Szenarien zur Zukunft der EU vorgelegt, mit denen die europäische Krise überwunden und die Zukunft Europas gesichert werden sollen,² die indes an Ambitionslosigkeit kaum zu überbieten sind. Weder finden sich dort Antworten, wie die EU das kolossale Missmanagement der Banken- und Eurokrise in den Griff bekommen und Europa sozial machen möchte; noch geht es im Kern um eine Verbesserung der Legitimation der politischen Prozesse der EU, gegen die doch aber die Populisten am lautärksten wettern; noch gibt es Antworten, wie die EU z.B. ihre Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingskrise verbessern möchte. Die Älteren mögen sich erinnern an die Papiere der Kommission von Jacques Delors, die Einheitliche Akte, den Cecchini-Bericht oder das Binnenmarkt Papier. Heute erschöpft sich die europäische Idee also möglicherweise in der ‚vertieften Zusammenarbeit‘ im Bereich der Elektromobilität.

¹ Vgl. Bruce Stokes, „*Euroskepticism beyond Brexit. Significant opposition in key European countries to an ever closer union*“ in: Pew Research Center vom 07.06.2016, <http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroskepticism-beyond-brexite/>

² „*Weißbuch zur Zukunft der Union. Überlegungen und Szenarien für die die EU 27 in 2015*“, Europäische Kommission, 1. März 2017 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/white_paper_on_the_future_of_europe_en.pdf

Fraglich ist, ob es überhaupt realiter fünf Szenarien sind. Das erste lautet ‚weiter so wie bisher.‘ Das kann natürlich nur für etwas gelten, was stabil ist. Die EU kann das derzeit nicht von sich behaupten. ‚Zurück zum Binnenmarkt‘, Szenario zwei, ist nicht minder unrealistisch: soll der Euro rückabgewickelt werden? Ein Markt, eine Währung war damals der Slogan. Szenario drei – wer will, geht voran – ist insofern kein neues Szenario, als dass differenzierte Integration schon nach jetzigen Verträgen möglich ist, es nur nie jemand genutzt hat. Bleiben Szenario vier und fünf: die Staaten machen entweder *wenig* zusammen, aber das dafür richtig (z.B. Sicherheit & Verteidigung); oder sie machen *viel mehr* zusammen, selbstverständlich auch endlich einmal richtig. Das wiederum ist wenig originell. Es übersieht nicht nur die schon jetzt greifbare Spaltung in EU 28 (bzw. bald 27) und Eurozone: der Ruf nach Kerneuropa könnte das Erbe von 1989 verraten. Sondern auch, dass vor allem Währung und Strategie, also Außen- und Sicherheitspolitik, zusammengehören, da Kriege nun einmal viel Geld kosten. Währung hier, Sicherheit da, das wird nicht gehen. Szenario fünf ist also die Frage nach dem Wesenskern der EU, den die EU seit langem umkreist, die Frage nämlich, wer eigentlich der Souverän in Europa ist. Solange die Antwort gegeben wird, dass es letztlich die Nationalstaaten sind, werden Junckers Szenarien das bunte Papier nicht wert sein, auf dem sie gedruckt sind.

Wo die *output*-Legitimität nicht mehr gesichert ist, ist es vielleicht Zeit, sich der Input-Legitimität der EU neu zuzuwenden. Lange Jahrzehnte war sich die Politikwissenschaft einig,³ dass die EU als *sui generis* System gesetzt ist, dass multi-level *governance* die Funktionsweise der EU sein soll und die Übertragung klassischer demokratiethoretischer Paradigma – Gewaltenteilung, Gleichheit

³ vgl. dazu Antje Büssgen, *Der Europa-Diskurs von Intellektuellen in Zeiten der Krise. Zu Robert Menasse und Hans-Magnus Enzensbergers Europa Essays 2010-2012*, in: *Der Literarische Europadiskurs. Festschrift für Paul Michael Lützeler zum 70. Geburtstag*, hg. von Peter Henenberg und Isabel Capelo Gil, Königshausen & Neumann, Würzburg 2013; und Gabriele Abels und Annegret Eppler, *Einleitung: Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus?*, in: *Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktion von Parlamenten im politischen System der EU*, hg. von Gabriele Abels und Annegret Eppler, Baden-Baden, Nomos (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., 75), S. 17-40,

bürgerlicher Rechte – auf die europäische Ebene weder gewünscht noch möglich sei. Die nationale Demokratie sei nicht Vorlage für die EU. Diese Diskussion indes scheint sich inzwischen zu verschieben. Nicht nur fordert eine neue Generation junger europäischer Think Tanks inzwischen europäische *Demokratie*, und nicht mehr europäische *Integration*,⁴ was eine nicht unerhebliche und nicht nur begriffliche Verschiebung ist; auch aktuelle politische Entwicklungen deuten darauf hin, dass der Begriff des *European citizenship* vehement in die Debatte drängt und möglicherweise den Schlüssel zu einer grundlegenden europäischen Reform bietet, die allerdings weniger von den EU Institutionen ausgehen und weit über das hinausgehen dürfte, was letztere derzeit avisieren.

Von verschiedenen Seiten ins Gespräch gebracht⁵ – und in der Tat keine neue Idee, sondern vielmehr schon Kerngedanke bei den europäischen Föderalisten der ersten Stunde⁶ – ist ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle europäischen Bürger. „Eine Person, eine Stimme“ wäre in der Tat der wichtigste Schritt für eine radikale Neubegründung europäischer Legitimität, wenn noch das Ziel besteht, in Europa eine politische Einheit zu begründen, die die wirtschaftliche Einheit erst legitimiert. Erst dann könnte das Europäische Parlament zum Sachwalter einer europäischen Demokratie werden, die ihren Namen verdient und deren Souverän die europäischen Bürger sind.

Die Politikwissenschaft hat die transzendierende Wirkung von Wahlrechtsgleichheit für Gesellschaften gut durchforscht: in *Le Sacre du Citoyen*⁷ beschreibt der französische Soziologe Pierre Rosanvallon anschaulich die Wirkung des Gleichheitsversprechens auf

⁴ Dieter Plehwe, with Werner Krämer, Moritz Neujeffski, Alexander Meland and Ulrike Guérot, *Time to go beyond interstate federalism – or something different? The response of new pro-European think tanks to the EU integration crisis*. Discussion Paper, SP I 2016–202, November 2016

⁵ Neben Think Tanks wie European Alternatives wird dies z.B. auch bei den Jungliberalen mit Blick auf die Wahlkampfprogrammatik 2017 oder in den Foren des Europäischen Jugendparlaments diskutiert.

⁶ Vgl. Dazu Ulrike Guérot, *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Ullstein, 2017

⁷ Pierre Rosanvallon, *Le Sacre du Citoyen, Histoire du suffrage universel en France*, Paris 1992

Gesellschaften, das am Ursprung jeder demokratischen Revolution zu finden ist. Das rechtliche Prinzip hat eine symbolische Wirkung, das seine universalistische Integrationsmacht erst nach und nach entfaltet. Die Bürger fühlen sich als Einheit eines politischen Kollektivs. Genau das ebnet den Weg zur Neubegründung eines politischen Körpers in Europa, und der wiederum ist die Voraussetzung für jede Demokratie. Das individuelle, gleiche Wahlrecht war in den verschiedenen historischen Epochen immer schon Ausdruck einer gesellschaftlichen Modernisierung – und nichts braucht Europa heute dringlicher als das.

Meistens kommt mit Blick auf Europa der Einwand, dass das die großen Staaten, allen voran Deutschland, kleine Staaten wie Luxemburg oder Malta übervorteilen würde, denn bisher gibt es eine Stimmengewichtung nach Nationalität im EP. Doch im Abstimmungsverhalten sind *die* Deutschen keine homogene GröÙte und das deutsche Votum wäre hier nicht aggregiert, wie etwa die *eine* deutsche Stimme im Europäischen Rat, dem größten Hemmschuh auf dem Weg zur europäischen Demokratie, eben weil das Votum dort nicht politisch aufgefächert ist. Perspektivisch würde Wahlrechtsgleichheit ein Europäisches Parlament hervorbringen können, in dem das Politische in Europa endlich über die Nationalität gestellt wird. Dies ist natürlich auch das Begehren des EP. Aber das EP ist einerseits nicht der (alleinige) Gesetzgeber der EU, andererseits ist es nicht der *Locus* der europäischen Demokratie, gerade *weil* es nicht in allgemeiner und gleicher Wahl gewählt ist und mithin den Souverän Europas, die europäischen Bürger, nicht angemessen repräsentiert. Genau dies ist im Kern die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe und seiner berühmten „solange“-Rechtsprechung: Solange das EP nicht ‚richtig demokratisch‘ ist, und zwar weil der politische Körper, aus dem es geformt ist, nicht gleich ist in den Modalitäten der Wahl, die europäischen Bürger dort also nicht nach dem Prinzip „*eine Person, eine Stimme*“ repräsentiert werden, kann die legislative Gewalt nicht dem EP überantwortet werden. Aus diesem Grunde hat Karlsruhe im Zuge der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages 2009 mit dem sogenannten „Integrationsverantwortungsgesetz“ den Bundestags aufgefordert, eine Kontrollfunktion bezüglich des EP einzunehmen. Wenn Karlsruhe aus dem „solange“-Modus herauskommen soll, dann kann es

konsequenterweise keinen anderen Weg geben, als das EP auf Dauer so demokratisch zu machen, dass es keinen Hinderungsgrund mehr gibt, ihm perspektivisch das volle Legislativrecht zu gewähren. Wahlrechtsgleichheit wäre damit der erste Schritt zur europäischen Demokratie!

Dies zu fordern, ist überhaupt nicht radikal. Die ersten Vorschläge nach transnationalen Wahlkreisen und einem Abgeordneten auf rund eine Millionen Stimmen stammen von den europäischen Föderalisten der erste Stunde und werden schon im „Hertensteiner Programm“ von 1946 gefordert.⁸ Seit dem sogenannten *European Electoral Reform Act* von 1976, durch den 1979 die ersten Direktwahlen zum EP möglich wurden, arbeitet das EP an genau diesem Ziel: Wahlrechtsgleichheit!⁹ Ebenso versucht das EP seit seiner Direktwahl, das *European Citizenship* materiell auszubuchstabieren. Der jüngste, parlamentsinterne Vorstoß war der Hübner-Leinen-Report,¹⁰ der im November 2015 mit großer, überparteilicher Mehrheit vom EP angenommen wurde und der auf weitestgehende Vereinheitlichung der Wahlmodalitäten in ganz Europa drängt, inklusive der lange angestrebten ‚transnationalen‘ Wahlkreise. Ihm fehlt allerdings das zugleich sensibelste und zentralste Element: *eine Person, eine Stimme*. Genau dies aber wäre der Sprung in eine volle Föderierung Europas, ein Europäisches Abgeordnetenhaus, und der Startschuss für eine europäische Staatsbürgerschaft.

Die Stimmengewichtung gehört, wie in allen föderalen Systemen der Welt, in eine zweite Kammer, über die dann im Detail nachzudenken wäre und die möglicherweise aus Vertretern der europäischen Regionen als konstitutiven Trägern eines neuen, nachnationalen Europas bestehen könnte. In diese zweite Kammer könnten die europäischen Regionen je zwei Senatoren entsenden,

⁸ Vgl. dazu Frank Niess, *Die Europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands*, Suhrkamp 2011, S. 155

⁹ Dazu die umfassende Studie von Olivier Costa, *The History of European Electoral Reform and the Electoral Act 1976. Issues of Democratization and Political Legitimacy*, Study: European Parliament History Series, EPRS, European Parliamentary Research Service, October 2016, PE 563.516, S. 36 ff.

¹⁰ Hübner, D., Leinen, J., *Draft report on a proposal for amendment of the Act of 20th September 1976 concerning the election of the Members of the European Parliament by direct universal suffrage*, 2015/2035

die einen europäischen Senat bilden, denn in Europa gibt es zunehmend Regionen, die aus dem politischen Körper der Nationalstaaten ausbrechen wollen, z.B. Schottland angesichts des drohenden Brexits oder auch Nordirland und Katalonien. Warum nicht diesen Trend für eine Neubegründung Europas nutzen, anstatt ihn zu bekämpfen?

Dazu könnte man, wie jetzt schon in vielen Wahlprogrammen aufgeführt, einen europäischen Präsidenten direkt wählen, der eine einheitsstiftende Wirkung für das politische System in Europa hätte. Es geht nicht um europäischen Zentralismus. Nicht umsonst ging es bei *Federal Papers*, aus denen das republikanisch-föderale System der USA hervorgegangen ist, nicht um *Machtbeschneidung* der föderalen Ebene, sondern um *Machtteilung*, also *checks and balances*. Europa soll viel Macht haben, nur eben nicht in einer Hand – wie heute der EU-Rat; und diese Macht muss parlamentarisch auf europäischer Ebene legitimiert sein. Das politische System Europas wäre zugleich effizienter und entschlackt. Die zähen Debatten, wieviel „Kompetenzen“ die vermeintlich ‚souveränen‘ Nationalstaaten denn an die europäische Ebene abzugeben bereit wären, könnte man sich sparen: Sie führen in die Irre. Es geht nicht um „Kompetenzabgabe“, sondern um Gewaltenteilung in Europa. Mit einem solchen Zweikammer-System würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Es entspräche der Begründung einer europäischen Demokratie und der Beendigung des Demokratietiefdefizit; der Stellenwert der Regionen im politischen System Europas würde zudem erhöht, also die Entscheidungsgewalt und Autonomie im Sinne dezentraler, subsidiärer, partizipativer und bürgernaher Gestaltung von Politik.

Das klingt theoretisch, ist aber sehr konkret: Alle derzeitigen Diskussionen z.B. über die Erhöhung der sogenannten *fiscal capacity*, alle Rufe nach einem ‚europäischen Finanzminister‘ oder einer ‚Eurozonenregierung‘ krankten an der Tatsache, dass die Legitimität dafür im derzeitigen System der EU nicht gegeben ist. Wer würde ihn kontrollieren? Wem gegenüber wäre er rechenschaftspflichtig? Die Forderungen laufen also ins Leere, solange nicht klar ist, wem gegenüber diese „Eurozonenregierung“ denn verantwortlich sein soll. Ein ‚Finanzministerrat‘ ist schließlich kein Parlament. Deswegen werden jetzt Forderungen nach einer Parlamentarischen Ver-

sammlung für die Eurozone erhoben,¹¹ die, proportional nach Parteien zusammengesetzt, aus nationalen Parlamentariern bestehen soll, jeweils gemessen an der Bevölkerungsstärke des Landes. Das wären dann z.B. 30 Bundestagsabgeordnete, 25 von der *Assemblée Nationale* etc. Der Vorschlag hat seinen Charme, zielt er doch genau auf jenes notwendige *politics tops nations* ab, das auch der Forderung nach Wahlrechtsgleichheit zugrunde liegt. Würde diese Parlamentarische Versammlung z.B. über die Höhe griechischer Unternehmensbesteuerung abstimmen, so ergäbe sich sicherlich ein anderes Meinungsbild und ein differenzierteres Abstimmungsverhalten, als es eben *ein* Finanzminister im Rat haben kann, da das Votum politisch aufgefächert und nicht mehr national aggregiert würde. Bedenkt man dann noch, dass Deutschland rund 27% der Bevölkerung in der Eurozone vertritt, während Frankreich, Italien und Spanien zusammen 50% haben, und Belgien, Griechenland und Portugal mit den anderen Ländern zusammen auf 23% kommen, dann kann man sich vorstellen, dass in einer solchen Parlamentarischen Versammlung der Eurozone andere Beschlüsse zum Euro zustande kämen als im heutigen EU-Finanzministerrat.

Aus Wahlrechtsgleichheit und der Koppelung von nationaler und europäischer Legitimität durch eine solche parlamentarische Versammlung für die Eurozone, in der auf Dauer nationale Parlamente und EP miteinander verschmelzen würden, könnte sich also eine große europäische Reform ergeben, nämlich jene, eine europäische Staatsbürgerschaft materiell auszubuchstabieren, und zwar durch die perspektivische Verwirklichung des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes für alle europäischen Bürger, eben beginnend mit Wahlrechtsgleichheit.

Im realpolitisch ganz konkreten und gar nicht utopischen Raum bewegt sich der Vorschlag einer personalisierten EU-Unionsbürgerschaft für Briten, die der Vorsitzende der liberalen ALDE-Fraktion

¹¹ Thomas Piketty, *For a democratic Euro-zone government*, in: *Le Monde* vom 15.02.2017 und Stéphanie Hennette, Thomas Piketty, Guillaume Sacriste und Antoine Vauchez, *Pour un traité de démocratisation de l'Europe*, Paris, Seuil 2017 http://piketty.blog.lemonde.fr/2017/02/15/for-a-democratic-euro-zone-government/?utm_content=buffer2edf8&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=buffer

im EP, Guy Verhofstadt fordert.¹² Briten, die das wünschen, sollen nach dem Austritt Großbritannien aus der EU die Möglichkeit erhalten, Unionsbürger zu bleiben. Vor allem für diejenigen Briten, die im europäischen Ausland gelebt oder gearbeitet, Rentenansprüche erworben oder gar Familie haben, ist das interessant. Mit der Initiative für eine europäische Staatsbürgerschaft wäre eine Schleuse offen, denn was Briten zusteht, müsste dann konsequenterweise allen europäischen Bürgern zustehen. Ein schneller Gang zum EuGH dürfte eine Bewegung in Gang setzen können, um das Recht auf eine direkte und materiell angefüllte europäische Unionsbürgerschaft zu generalisieren, so dass alle europäischen Bürger eine solche für sich reklamieren könnten. Dies wäre eine entscheidende Wegmarke, um das politische System in Europa von einer „Staatenunion“, die im Wesentlichen über einen nur indirekt legitimierten EU-Rat „regiert“ wird, in eine wirkliche europäische Demokratie zu überführen, in der am Ende nur eins gelten kann: Die Bürger sind der Souverän des politischen Systems, vor dem Recht sind sie alle gleich, das Parlament entscheidet und es gilt Gewaltenteilung. Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz ist der Sockel jeder Demokratie. Es wäre die große Reformation Europas.

Die heutige Europäische Union ist nicht stabil. Ohne einen entscheidenden Schritt nach vorn wird sie in ihrer heutigen Form nicht zu erhalten sein. Den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz in Europa auf die politische Schiene zu bringen, wäre also das politische Gebot der Stunde. Die normative, also rechtliche Gleichheit in Europa muss wichtiger sein als die Nationalität. 1992 wurde der Euro auf die Zeitschiene gesetzt und in drei Schritten zwischen 1994 und 2002 die Währungsunion geschaffen. Innerhalb von zehn Jahren wurden von Lappland bis zur Südspitze der Algarve alle Geldautomaten mit Euros ausgestattet. Jeder europäische Bürger hat eine IBAN-Nummer bekommen. Sollte es nicht möglich sein, in einem auf 10, 15, 25 Jahre angelegten Prozess dafür zu sorgen, dass wir von Tampere bis Thessaloniki Wahlrechtsgleichheit haben? Und dann einen europäischen Pass, eine europäische ID und eine europäische Steuernummer bekommen? Und zuletzt eine europäi-

¹² <https://www.connexionfrance.com/French-news/Brexit/EU-citizenship-for-Britons>

sche Arbeitslosenversicherung und ein europäisches Bürgergeld? Warum eigentlich nicht? Es wäre das Ende von Europa als Elitenprojekt. Europa wäre bei den Bürgern angekommen und ein politisches Projekt, gegen das keine Rechtspopulisten mehr zu Felde ziehen könnte, mit dem Argument, die EU sei in ihren Strukturen nicht legitim und demokratisch.



La Société Européenne de Culture est une institution qui réunit étude et action, s'occupe du rapport entre la culture et la politique. Par ses recherches et sa réflexion toujours reprises sur les développements généraux du moment présent, elle vise à dégager des objectifs prioritaires pour une culture qui se reconnaît des responsabilités éthico-politiques dans le sens de la compréhension, de la collaboration et de la paix, auxquelles contribuer à travers un dialogue authentique. Elle a donné à cet engagement un fondement théorique à partir du concept de politique de la culture, dont elle continue à approfondir les raisons, alors qu'elle s'emploie à en diffuser la connaissance et la pratique.

€ 29,00



www.clueb.it